

HÖCHSTER
GESCHICHTSHEFTE

3

Heinz Knoth

Zeit- und Lebensbilder

– Höchster Bürgermeister:

1849 bis 1928 –

1963

Verein für Geschichte und Altertumskunde e. V.

Frankfurt a. M.-Höchst

gegründet 1894

Über den Verfasser:

Heinz Knoth wurde 1916 in Höchst a. M. geboren und besuchte dort die Grundschule und das Reformgymnasium (die heutige Leibniz-Schule). Nach dem Abitur widmete er sich an der Frankfurter Universität dem Studium der klassischen Philologie und Geschichte, wurde im Dezember 1939 zur Wehrmacht eingezogen und war von 1945 bis 1950 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften eine Reihe von Aufsätzen sozial- und kulturkritischer Art und leitete von 1951 bis 1953 das Archiv des Frankfurter Presseinstituts. Seit 1953 arbeitet er beim Frankfurter Stadtarchiv. Gleichzeitig entfaltete er eine rege Vortragstätigkeit an der Frankfurter Volkshochschule und bei den Volksbildungswerken in Höchst und in der weiteren Umgebung Frankfurts.

Dem Vorstand des Höchster Vereins für Geschichte und Altertumskunde gehört er seit 1955 an, zunächst als Schriftführer, später als Beisitzer und seit Januar 1963 als einer der beiden Kustoden der vereinseigenen Museums- und Archivsammlungen.

Knoth's Veröffentlichungen sind in Kürschners Deutschem Literaturkalender 1958 und 1962 und im Musenalmanach ab 1959 aufgeführt. Von seinen neueren, darin und in den Anmerkungen zu diesem Geschichtsheft noch nicht genannten Publikationen seien hier nur folgende verzeichnet, die für die Geschichte von Höchst und Umgebung von Interesse sind:

Von Mainkreis zum Main-Taunus-Kreis.
Was Höchster Straßennamen erzählen.

Heinrich Pleines

— Gedruckt mit Unterstützung des Landes Hessen —

Erhältlich zum Preis von DM 1,80 durch die Buchhandlungen in Frankfurt a. M.-Höchst oder unmittelbar vom Verein für Geschichte und Altertumskunde e. V., 623 Frankfurt-Höchst, Karl-König-Weg 31, z. Hd. des 1. Vorsitzenden Heinrich Pleines.

In der Reihe der „Höchster Geschichtshefte“ sind bis jetzt folgende Nummern erschienen:

- | | | | |
|---|------|----------------|---|
| 1 | 1962 | Rudolf Schäfer | Johann Kaspar Riesbeck
der „reisende Franzose“ aus Höchst |
| 2 | 1963 | Heinz Knoth | Richard Biringer — Leben und Werk eines Höchster Künstlers |
| 3 | 1963 | Heinz Knoth | Zeit- und Lebensbilder
— Höchster Bürgermeister: 1849 bis 1928 — |

In Vorbereitung:

- | | |
|----------------|---|
| Lorenz Ernst | Das kurmainzische Amt Höchst-Hofheim 1595—1650 —
Einwohnerlisten |
| Rudolf Schäfer | Die kurmainzische Porzellanmanufaktur zu Höchst a. M. und
ihre Mitarbeiter im wirtschaftlichen und sozialen Umbruch ihrer
Zeit (1746—1796). |

HÖCHSTER
GESCHICHTSHEFTE

3

Heinz Knoth

Zeit- und Lebensbilder

— Höchster Bürgermeister:

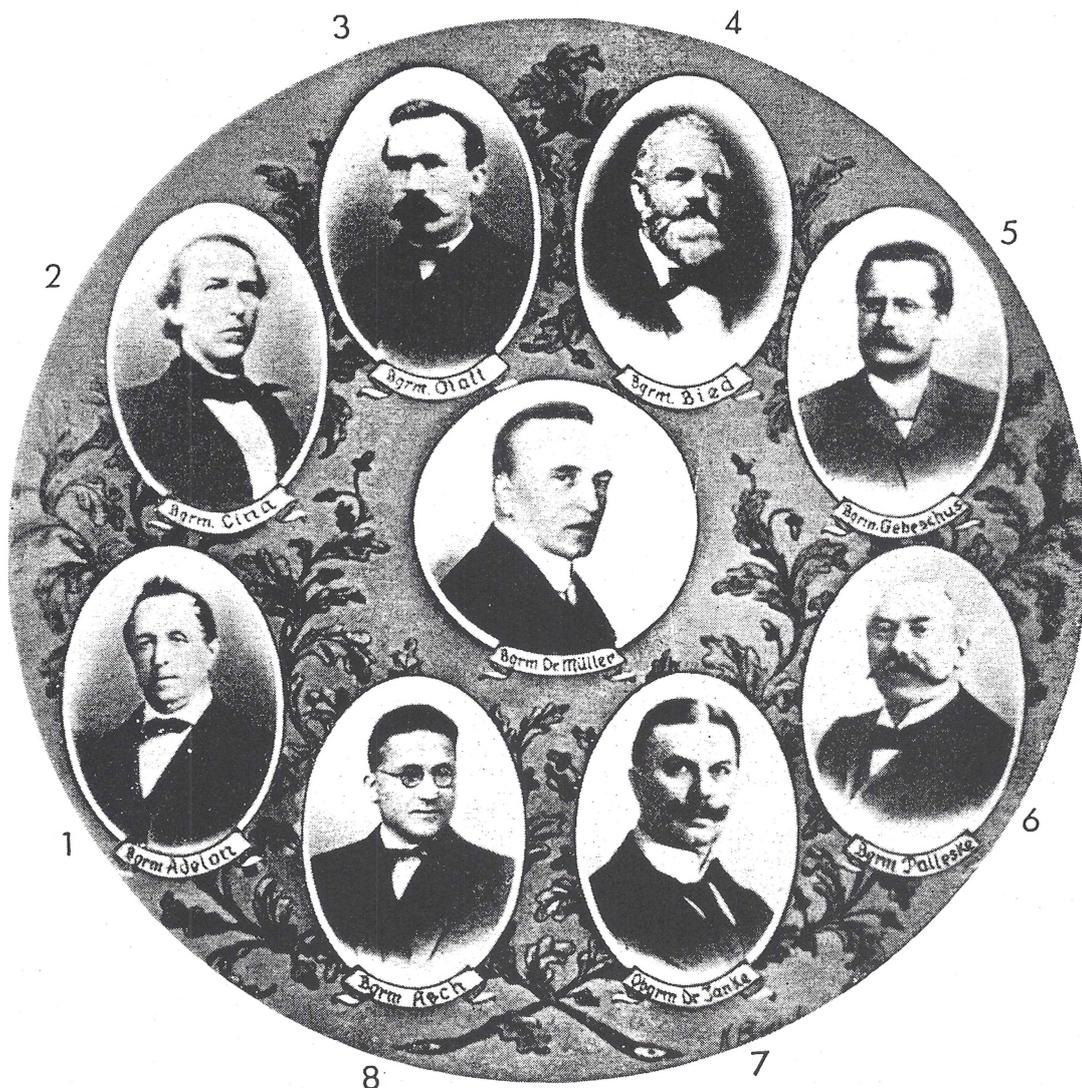
1849 bis 1928 —

1963

Verein für Geschichte und Altertumskunde e. V.

Frankfurt a. M.-Höchst

gegründet 1894



- | | |
|--------------------------------|-----------------------------------|
| 1) Andreas Adelon | (1849 — 1869) |
| 2) Wilhelm Lina | (1869 — 1873) |
| 3) Konrad Glatt | (1874 — 1880) |
| 4) Peter Anton Bied | (1880 — 1887) |
| 5) Georg Gebeschus | (1888 — 1893) |
| Wilhelm Karraß | (1893 — 1898) fehlt auf dem Bild! |
| 6) Viktor Pallecke | (1899 — 1910) |
| 7) August Wilhelm Albert Janke | (1911 — 1922) |
| 8) Bruno Asch | (1922 — 1925) |
| 9) Bruno Müller | (1926 — 1928) |

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Vom Schultheiß zum Bürgermeister	2
a) Fremde unter Fremden	
b) Auf sechs Jahre gewählt	
II. Die Übernahme der Verwaltung (Andreas Adelon 1849—1869)	4
a) Streit um die Gasfabrik	
b) Grundstein für Weltruf	
c) Amtliche Bekanntmachungen	
d) Das Gewerbe in Höchst	
e) Eine Straße trägt seinen Namen	
III. Höchst bekam 1872 ein Hospital (Wilhelm Lina 1869—1873)	6
a) Dreiklassenwahlrecht	
b) Wirtschaftliche Entwicklung	
IV. Entwicklung zur Industriestadt (Konrad Glatt 1874—1880)	8
a) Neue Fabrikanlagen	
b) Verdienste Konrad Glatts	
V. „Die besten Jahre für das Amt“ (Peter Anton Bied (1880—1887)	9
a) Drei Mann wogen acht Zentner	
b) Sachkundiger Sammler	
c) Amtsbereich erweitert	
d) Periode der „Auswärtigen“	
VI. Wer war Georg Gebeschus? (Georg Gebeschus 1888—1893)	12
a) Ein Jurist wird Bürgermeister	
b) 42 Bewerber ums Amt	
c) Erster vollamtlicher Bürgermeister	
VII. Im Schatten eines Großen (Wilhelm Karraß 1893—1898)	13
a) Herzlicher Empfang	
b) Überraschender Rücktritt	
c) Projektierung der Kleinbahn	
VIII. Der Gründer des Stadtparks (Viktor Palleske 1899—1910)	15
a) Die Jahre in Höchst	
b) Der Nassauische Städtetag	
c) Die neue Ortssatzung	
d) Palleskes Wirken	
IX. Markstein in der Entwicklung (August Wilhelm Albert Janke 1911—1922)	17
a) Drei Orte werden eingemeindet	
b) Franzosen besetzen Höchst	
X. Auf dem Höhepunkt der Inflation (Bruno Asch 1922—1925)	19
a) Knappes Wahlergebnis	
b) Bruno Aschs Werdegang	
c) Tragisches Schicksal	
XI. Eingemeindung nach Frankfurt (Bruno Müller 1926—1928)	20
a) Verdienste Bruno Müllers	
b) Die letzte Sitzung	
c) Anfang und Ende	
XII. Gewinn für „großen Nachbarn“	22
a) Höchst um 1928	
b) Industrie kam zu Frankfurt	
c) Wesentliche Vorteile	
d) „Heechst aus aam Guß“	
Anhang: Stadtgeschichte in Zahlen	25
Anmerkungen	28
Register	

I. VOM SCHULTHEISS ZUM BÜRGERMEISTER

Höchst heute — Höchst 1849. Mehr als hundert Jahre sind vergangen. Die träumerische alte Stadt ist in den Strudel der Neuzeit hineingerissen. Mit dieser Serie soll Rückschau gehalten werden. Rückschau auf die Jahre 1849—1928. Die Lebensbilder der zehn Bürgermeister bis zur Eingemeindung von Höchst in die Stadt Frankfurt und ihr Wirken sollen den Bürgern von heute vorgestellt werden. Das Jahr 1849¹⁾ brachte den Wendepunkt in der gemeindlichen Verwaltung. Die Schultheißen wurden durch die Bürgermeister abgelöst.

Bis zum 12. Dezember 1848²⁾ waren die Befugnisse des Schultheißen außerordentlich umfangreich. Er hatte als Amtsgeschäfte außer der örtlichen Polizei die gesamte örtliche Verwaltung, die Verkündigung und Vollziehung der Gesetze und Beschlüsse, die Erteilung von Nachrichten und Beglaubigungen, die Verwaltung des Gemeindevermögens, die Beitreibung der öffentlichen Abgaben, die Beobachtung der öffentlichen Sicherheit, die Aufsicht über Wege, Brücken und Brandwesen, die Revision der Gewerbesteuerkataster, die Exekutionen und Auspfändungen und die Protokollierung der Viehhändler zu besorgen³⁾.

a) Fremde unter Fremden

Diese staatliche Führung der gemeindlichen Verwaltung wurde mit den Jahren als unerträgliche Bevormundung empfunden. Es kam dazu, daß die Schultheißen nicht überall aus den Gemeindemitgliedern genommen, sondern oft willkürlich eingesetzt wurden. So fühlten sie sich vielfach als fremd und blieben auch ihren Gemeinden fremd. Man erblickte in ihnen die kleinen Despoten. Die Bauern, kaum der Leibeigenschaft entledigt, sahen im Schultheißen die neue Auflage der absoluten Gewalt. Da brachte das Jahr 1848 die Explosion: die Verjagung der Schultheißen, die Beschlagnahme der Gemeindeakten waren Kennzeichen der Revolution, die zeitweise eine völlige Anarchie nach sich zog.

Dieser Anarchie machte das Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden vom 12. Dezember 1848⁴⁾ ein Ende. Es bestimmte: Die Gemeinden haben unter Staatsaufsicht das Recht der Besorgung ihrer Angelegenheiten, insbesondere der selbständigen Verwaltung ihres Vermögens und der Handhabung der Orts-

polizei. Die Verwaltung besorgt der Gemeinderat, bestehend aus dem Bürgermeister, dem Ratsschreiber und den Gemeinderäten. Die Mitglieder des Gemeinderates sind auf vier Jahre zu wählen und sollen außer dem Bürgermeister je nach der Größe der Gemeinden mindestens 4, höchstens 24 betragen. Bürgermeister und Gemeinderäte werden von der Gemeindeversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

b) Auf sechs Jahre gewählt

Der Bürgermeister wird auf sechs Jahre gewählt. Der Gemeinderat erneuert sich alle sechs Jahre zur Hälfte. In Städten über 12000 Einwohnern kann ein 2. Bürgermeister außer der festgesetzten Zahl der Gemeinderäte angestellt werden. Nur Bürgermeister und Ratsschreiber beziehen Gehalt und jener noch Geschäftsgebühren. Die Gemeinderäte empfangen Entschädigungen für auswärtige Geschäfte in weiterer Entfernung⁵⁾.

Neben dem Gemeinderat besteht in jeder Gemeinde ein Feldgericht⁶⁾ zur Mitwirkung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Es besteht außer dem Bürgermeister aus 3 bis 9 Feldgerichtsschöffen. Diese werden vom Gemeinderat aus den Großgrundbesitzern auf zehn Jahre gewählt. Dem Feldgericht ist die Aufsicht über Gemeinde- und Privatgemarkungsgrenzen anvertraut. In Höchst trat das Feldgericht mit dem 1. Oktober 1907 außer Kraft. An Stelle der Feldgerichte treten Schätzungsämter für die Aufnahme von Taxen in den Gemeinden.

Die Orts- und Feldpolizei versah der Bürgermeister: Sicherheits-, Gesundheits-, Straßen-, Markt-, Sittlichkeits- und Gemeindepolizei sowie Aufsicht über Maß und Gewicht gehörten dazu. Bis zu 3 Gulden, evtl. 6 Tage Arbeit, Strafe konnte der Bürgermeister verhängen.

Die Unterscheidung von Gemeindebürgern und Staatsbürgern, außer Gemeindeverband, hörte auf. Jeder Staatsbürger mußte auch der Gemeinde angehören. Das Bürgerrecht wurde durch Geburt oder durch Aufnahme erworben. Zum Antritt wurde Volljährigkeit und der Nachweis gefordert, daß eine Familie ernährt werden konnte.

Dem Staat stand die Oberaufsicht über die Ortspolizei und der Gemeindevermögensverwaltung zu. Das Gesetz vom 12. Dezember 1848 — durch das die Titel- und Funktionsänderung Schultheiß—Bürgermeister — allgemein in Nassau erfolgte, wurde durch die Gemeindeordnung vom 26. Juli 1854 ersetzt⁷⁾.

Durch dieses Gesetz blieben die freiheitlichen Grundlagen der gemeindlichen Selbstverwaltung nach wie vor dieselben, doch wurde das staatliche Aufsichts- und Eingriffsrecht erweitert. Der Bürgermeister bedurfte von nun an der Genehmigung der Landesregierung, und diese konnte sowohl ihn als auch die Gemeinderäte bei Amtsvernachlässigung entlassen.

Die stimmberechtigten Bürger waren in drei Abteilungen nach dem Vermögensbesitz⁸⁾ eingeteilt. Die Bürger wählten in jeder Klasse direkt und öffentlich mit absoluter Stimmenmehrheit je ein Drittel der Gemeindevorsteher, mit relativer je

ein Drittel des Bürgerausschusses. Die Bürgermeisterwahl geschah durch die Gemeindevorsteher. Der Bürgermeister wurde auf Lebenszeit gewählt: sein Amt wurde als Ehrenamt⁹⁾ betrachtet.

Da in der Auslegung des Gemeindeverwaltungsgesetzes sich nach Auffassung der Regierung vielfach Irrungen ergeben hatten, sah diese sich veranlaßt, am 31. März 1862 eine förmliche neue Dienstinstruktion für Bürgermeister und Gemeinderat zu erlassen. Ausdrücklich wurde hier ausgesprochen, daß die Gemeindebehörden dem Amt¹⁰⁾ unterstellt waren. Das Amt des Bürgermeisters war kein Ehrenamt mehr, der Bürgermeister bekam Gehalt¹¹⁾.

Durch das Gesetz vom 12. Dezember 1848 und dessen Abänderung in der Gemeindeordnung vom 26. Juli 1854 war eine neue Zeit angebrochen. Die Selbstverwaltung¹²⁾ der Gemeinden brach sich mehr und mehr Bahn, und einer neuzeitlichen kommunalen Entwicklung¹³⁾ waren keine Hemmschuhe mehr auferlegt. Auch die Stadt Höchst sollte daraus entscheidenden Nutzen ziehen.

II.

DIE ÜBERNAHME DER VERWALTUNG

Höchst war um 1849 — zur Zeit des Amtsantritts von Bürgermeister Andreas Adelon¹⁴⁾ (1849—1869) — noch ein kleines, wenig bedeutendes Städtchen. Adelon war der erste in der Reihe von zehn Bürgermeistern, der nach Ablösung der Schultheißen von der Möglichkeit einer kommunalen „Selbstverwaltung“ Gebrauch machte. Es war die Zeit, als die Industrie¹⁵⁾ sich anzusiedeln begann. Der wirtschaftliche Aufschwung in diesen Jahren machte sich in der Einwohnerzahl bemerkbar, die in Höchst 1865 3100 betrug.

Auf einer geographisch-statistischen Karte vom Jahre 1824 heißt Höchst bereits „der gewerbsamste Ort des Landes, bekannt durch seine Tabak-, chemischen und Möbelfabriken“. Zweifellos hatte das Amt Höchst¹⁶⁾ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Nach R. Zorn waren im Jahre 1840 von 3000 erwachsenen Männern 1400 Landwirte, dazu gab es etwa 700 Tagelöhner, von denen mindestens 600 in der Landwirtschaft beschäftigt waren, weiter 370 Knechte und 680 Mägde¹⁷⁾.

In der Fabrikstatistik des Zollvereins von 1846 werden für das Amt Höchst aufgezählt: 43 Mühlen mit 90 Beschäftigten, zwei Messing- und Kupferwerke mit 14 Arbeitern, fünf Kalkbrennereien mit 7 Arbeitern, drei Tabakfabriken mit 11 Arbeitern, neun Ziegeleien mit 24 Arbeitern und eine Wachstuchfabrik mit 40 Arbeitern. An „industriell“ beschäftigten Arbeitern waren das, abgesehen vom Kleingewerbe, aber mit Einrechnung der Mühlen 186¹⁸⁾.

Zwischen 1840 und 1860 ist wenig von einer Bildung des Großgewerbes zu bemerken¹⁹⁾. Die genannten Fabriken hatten fast alle keinen Bestand gehabt. Aus Akten des Wiesbadener Staatsarchivs²⁰⁾ erfahren wir, daß die Bürger von Höchst um 1860 große Anstrengungen machen, Unternehmen in ihre Stadt zu ziehen. So unterstützten sie 1866 lebhaft das Konzessionsgesuch des Fabrikanten Simeons²¹⁾.

a) Streit um die Gasfabrik

Im Jahre 1863 tobt ein großer Streit um die Anlegung einer Gasfabrik²²⁾. In einem Schriftwechsel betonen die Bürger von Höchst, daß ihre Stadt infolge ihrer Lage, die ebenso günstig sei wie die der als Vorbilder dienenden Städte Offenbach, Hanau und Bockenheim, sowie andererseits infolge der Unmöglichkeit, in der kleinen Gemarkung Höchst (Höchst hat um diese Zeit die kleinste Gemarkung des ganzen Kreises: nur 305 ha) die Landwirtschaft zur Blüte zu bringen, daher besonders für die Industrie in Frage komme. Das habe jetzt wieder der Fabrikant Sonntag aus Mainz wie einst Bolongaro erkannt. Die Gasfabrik, die errichtet werden solle, sei eine Lebensfrage für die industrielle Zukunft der Stadt.

Die geplante Anlegung der Gaswerke wurde von der nassauischen Regierung nicht gestattet, jedoch errichtete Sonntag mit behördlicher Genehmigung in Höchst eine große Bronzefabrik: 1864 endlich wurde die Anlage einer Gasfabrik durch eine Gasbeleuchtungs-AG²³⁾ genehmigt.

b) Grundstein für Weltruf

1862 war in der Amtshauptstadt das Unternehmen begründet worden, das dann dem Namen Höchst Weltruf verschaffen sollte, die heutigen FARBWERKE HOECHST, vorm. Meister, Lucius und Brüning. Es war mehr ein Laboratorium als eine Fabrik zu nennen, mit seinen fünf Arbeitern, einem Kontoristen, einem Chemiker und einer Dampfmaschine²⁴⁾.

Als wirtschaftsgeschichtlich bedeutsam ist die freiere Gewerbeverfassung zu erwähnen, die in Höchst im Gegensatz zu der benachbarten Reichsstadt Frankfurt herrschte. Während Nassau zu den wirtschaftlich fortschrittlichsten Staaten Deutschlands gehörte, hielt man in Frankfurt hartnäckig an der Zunftverfassung²⁵⁾ fest, wie überhaupt dort ein den überall aufkommenden Fabriken feindlicher Geist herrschte. So war es nur natürlich, daß die industrielle Entwicklung des Frankfurter Wirtschaftsbezirks in den Nachbarorten der Reichsstadt, darunter auch in Höchst, ihr Feld fand.

c) Amtliche Bekanntmachungen

In die Amtszeit des Anton Andreas Adelon, der mit 33 Jahren Bürgermeister der Stadt Höchst wurde, fällt das Jahr 1866. Deswegen von Bedeutung, weil es die Übernahme der Verwaltung des Herzogtums Nassau, der Stadt Frankfurt und des Großherzogtums Hessen betrifft. Am 25. Juli 1866 richtet die herzoglich-nassauische Receptur, gez. Fritze, an die Herren Bürgermeister und Untererheber ihres Amtsbereichs eine Mitteilung, die mit folgender Feststellung beginnt: „Die Gefahr, daß von den das hiesige Amt besetzenden königlich-preußischen Truppen die in der Receptionskasse befindlichen Gelder mit Beschlag belegt werden möchten, und der Kassendienst daher stillgelegt werden würde, ist durch die Einsicht und Humanität des Kommandos des hier eingerückten Corps glücklich beseitigt.“ Am 4. August 1866²⁶⁾ wurde die erste amtliche Bekanntmachung veröffentlicht, welche die Übernahme der Verwaltung des Herzogtums Nassau und der Stadt Frankfurt enthält. In

Nr. 82 des Amtsblattes vom 13. Oktober 1866 ist auf Seite 1 das historisch bedeutsame Patent „wegen Besitznahme des vormaligen Herzogtums Nassau“ abgedruckt.

d) **Das Gewerbe in Höchst**

Ein Gewerbesteuerkataster²⁷⁾ der Stadt Höchst aus dem Jahre 1866 erlaubt einen Einblick in den damaligen Stand des Gewerbes. Am stärksten vertreten waren danach die Schuhmacher, 42 selbständige Meister, jedoch nur 5 Gesellen. An Bäckern gab es 11 Meister und 4 Gesellen, ferner 16 Schneidermeister und einen Gesellen, 10 Metzgermeister und 3 Gesellen, einen Schmiedemeister und 3 Gesellen, 16 Schreinermeister und 8 Gesellen, dazu 22 Wirte.

Der Kreis Höchst des preußischen Regierungsbezirks Wiesbaden wurde durch das Gesetz vom 7. 6. 1885 gebildet und deckt sich im wesentlichen mit dem bis 31. 3. 1886 bestehenden nassauischen Amt Höchst.

Von 1866 bis 1886 bildete das Amt Höchst mit den Ämtern Wiesbaden und Hochheim zusammen den sog. Mainkreis²⁸⁾. Seit 1886 besteht im Regierungsbezirk Wiesbaden statt der doppelten Einteilung in Kreise und Ämter nur die in Kreise; Höchst war ein selbständiger Kreis geworden. Der Flächeninhalt des Kreises betrug 14 346 ha. Er ist dem Flächeninhalt nach einer der kleinsten Landkreise Preußens. Von den 21 Gemeinden des Kreises haben zwei den politischen Charakter als Stadt, die übrigen als Landgemeinden.

e) **Eine Straße trägt seinen Namen**

Wir sind der chronologischen Entwicklung ein wenig vorausgeeilt, um ein Stück Entwicklung, die mit Adelon begann, im Zusammenhang aufzuzeigen. Allzu wenig sind diese Stadien im Gedächtnis haften geblieben, wie auch nur wenige wissen, daß die Bezeichnung Adelonstraße in Höchst auf den ersten Bürgermeister dieser Stadt im 19. Jahrhundert verweist.

III.

HÖCHST BEKAM 1872 EIN HOSPITAL

Noch in der Ära Adelons war Wilhelm Lina Vorsteher des Gemeinderats. Nach der zwanzigjährigen Amtszeit seines Vorgängers — der längsten unter den zehn Höchster Bürgermeistern — wurde Lina 1869 zum Bürgermeister gewählt. In den Amts- und Kreisamtsblättern dieser Jahre wird von Zeit zu Zeit darauf hingewiesen, von welcher Bedeutung das Gesetz über die Gemeindeverwaltung vom 12. 12. 1848 für die damalige Zeit gewesen ist.

So lesen wir im Amtsblatt für die Ämter Usingen, Idstein, Königstein und Höchst vom 13. 12. 1849: „Die mit dem Jahre 1849 ins Leben getretene neue Gemeindeverwaltung bildet füglich den Anfang einer neuen Zeitrechnung in den Annalen unseres Gemeinwesens. Darum möchte ich Sie, meine Herren, auf Eins aufmerksam machen, auf Eins, das — wenn auch gerade nicht nottut — doch überaus würdig, angenehm und nützlich sein wird: ich meine nämlich die Errichtung von Gemeinde-Chroniken.“

Im Kreisamtsblatt für die Justizämter Höchst, Hochheim und Königstein vom 11. 2. 1850 heißt es: „Seit den 48er Märzereignissen sind unsere Gemeinden von der früher stattgefundenen Bevormundung befreit, und in solchen Gemeinden, welche das Glück haben, Gemeinderäte von Umsicht, gepaart mit Unparteilichkeit und Humanität zu besitzen, ist die freie Verwaltung ein nicht genug zu schätzendes Geschenk.“

Der Kaufmann Wilhelm Lina hatte es nach der 20jährigen Amtszeit Adelons schwer, aber er hat in seiner vierjährigen Amtszeit nicht nur das Geschaffene erhalten, sondern es noch erweitert.

a) Dreiklassenwahlrecht

Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu sehen, wie die Bürgermeisterwahl in dieser Zeit vor sich ging. Es war ja die Zeit des Dreiklassenwahlrechts. Die Wahlmänner für die Bürgermeisterwahl wurden wie folgt gewählt:

I. Klasse (monatlicher Steuerbetrag von mehr als 2 Talern, 9 Silbergroschen):

Mittwoch, den 27. 10. 1869, 9 Uhr.

II. Klasse (monatlicher Steuerbetrag von 1 Taler, 9 Pfennig bis 2 Taler, 9 Pfennig):

Mittwoch, den 27. 10. 1869, 10 Uhr.

III. Klasse (monatlicher Steuerbetrag von 1 Taler, 8 Pfennig abwärts):

Mittwoch, den 27. 10. 1869, mittags 1 Uhr.

Die Wahlen der I. und II. Klasse fanden auf dem Rathaus und die der III. Klasse im Gasthaus „Zum Bären“ statt ²⁹⁾.

In dieser Wahl wurde Wilhelm Lina zum Bürgermeister gewählt; die königliche Regierung hat die Wahl am 8. 12. 1869 bestätigt ³⁰⁾.

Zur selben Zeit hat das königliche Landratsamt in Wiesbaden unter dem 29. 11. 1869 die Wahl der Bürgermeister Andreas Schmidt (Sindlingen), Georg Kilp (Münster), Peter Kunz (Eschborn), Johann Hofmann (Niederhofheim), Wilhelm Faist (Oberliederbach), Friedrich Dinges (Bad Soden), Philipp Christian (Sulzbach), Heinrich Jung (Okriftel) bestätigt.

b) Wirtschaftliche Entwicklung

Die Ära Lina zeichnet sich durch die Erweiterung der wirtschaftlichen Struktur der Stadt Höchst aus. Im Jahre 1869 gründen die Farbwerke eine Anilinölfabrik ³¹⁾. Ende Dezember desselben Jahres beginnt die Produktion. Im Jahre 1870 wird unweit der Anilinölfabrik eine Alizarinfabrik ³²⁾ errichtet. Das Höchster Werk nahm einen großen Aufschwung, 1870 verkaufte es Alizarinfarben für ein paar tausend Taler, 1873 für anderthalb Millionen Taler. Die Alizarinbetriebe mußten fortwährend vergrößert werden. Die Leistung der Farbstoffherstellung wurde 1873 auf der Weltausstellung in Wien mit den höchsten Auszeichnungen anerkannt.

Als Verdienst des Bürgermeisters Lina ist es anzusehen, daß die Stadt 1872 den Bau eines Hospitals ³³⁾ durchführte, das bei der Eingemeindung 1928 bereits 300 Betten besaß. Dank der ständigen Zuschüsse der Farbwerke konnte die Stadt an den immer weiteren Ausbau des Hospitals gehen.

Auf dem Gebiete der kommunalen Verwaltung hatte Lina nicht viel zu tun vorgefunden³⁴⁾. Die kurze Zeit seiner Amtstätigkeit ließ dazu keine Zeit, so daß eine Beurteilung seines Wirkens nur sehr schwierig ist, wenn man sich nicht zu einem vorschnellen Urteil hinreißen lassen will.

IV. ENTWICKLUNG ZUR INDUSTRIESTADT

Die Stadt Höchst entwickelte sich in den Jahren 1874 bis 1880 — der Amtszeit Konrad Glatts — immer mehr von einer kleinen Landstadt zur angesehenen Industriegemeinde. Dieser Aufschwung ist in erster Linie der überraschend schnell fortschreitenden Ausgestaltung der Farbwerke zu danken, daneben aber auch einer ganzen Reihe von anderen Industriebetrieben, die sich in Höchst niederließen und in denen die Bürger der Stadt ihre Arbeitsstätte fanden.

Die Entwicklung der Farbwerke war außergewöhnlich³⁵⁾: 1874 — zwölf Jahre nach der Gründung — beschäftigte das Werk 370 Arbeiter, zwölf Chemiker und zwölf Kaufleute. Als 1880 die offene Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, zählte man bereits 1 650 Arbeiter, 40 Aufseher, 25 Chemiker, 10 Techniker und 45 Kaufleute. Die Fabrikations- und Verwaltungsbauten des Unternehmens mußten fortgesetzt erweitert werden. Im Jahre 1874 wurden neue Gebäude bezogen und die alte Fabrik abgetragen.

a) Neue Fabrikanlagen

Das erste deutsche Reichspatent der Farbwerke datiert vom 24. 4. 1878³⁶⁾ und betrifft Azofarbstoffe, insbesondere die Höchster Ponceaux. Um sich von der auswärtigen Rohstoffherstellung immer unabhängiger zu machen, wurde 1880 Dr. Pauli zum Bau und zur Leitung einer Fabrik für Schwefel-, Salz- und Salpetersäure berufen. Die neue Säurefabrik wurde im Winter 1881/82 in Betrieb genommen.

Den ungeheuren Einfluß der Farbwerke auf die Höchster Gesamtentwicklung ersieht man aus wenigen Zahlen: Die Höchster Einwohnerzahl betrug bei Gründung der Farbwerke 2 400. Beim 25jährigen Jubiläum 1880 waren es über 7 000 und 1913 18 000³⁷⁾.

Aber auch andere Industriezweige nehmen in diesen Jahren 1874—1880 ihren Anfang: 1874: Deutsche Wasserwerksgesellschaft und die Fabrik zur Herstellung chemischer Produkte; 1875: J. Schmitz, Armaturen; 1876: Breuerwerke; 1878: Eisengießerei L. Scriba³⁸⁾. Die Schaffung des Eisenbahnnetzes 1877 Höchst—Limburg, 1879 Höchst—Nied—Griesheim—Frankfurt, war ein weiterer Meilenstein auf dem Wege zur städtischen Industrialisierung³⁹⁾.

In diese wirtschaftliche und aufblühende Stadt Höchst wird 1874 Konrad Glatt als Bürgermeister berufen.

Es ist zum ersten Male in der Geschichte der Stadt Höchst erkenntlich, daß mit steigender wirtschaftlicher Bedeutung auch das kulturelle Leben sich zu entwickeln beginnt. 1876 wird ein Verschönerungsverein gegründet, am 18. 2. 1877 wird die

vom Fortbildungsverein gegründete Volksbibliothek der öffentlichen Benutzung übergeben, das Jahr 1878 sieht die Gründung des Bürgervereins Höchst mit weit gesteckten Zielen: Straßenanlagen, Spital- und Hilfskassengesetz, Elementarschulwesen, Umwandlung der Realschule in eine höhere Bürger- und Gewerbeschule, Aufstellung von Straßenlaternen. So wurde auf Antrag des Bürgervereins am 15. 10. 1889 in der Homburger Straße gegenüber den Breuer-Werken eine Straßenlaterne erstellt⁴⁰⁾.

Erstaunlich, wie in diesen Jahren die Bürgerschaft am kommunalen Leben teilnimmt, wie sie sich mit diesem Fragenkomplex auseinandersetzt. Als der Gemeinderat die Absicht kundtut, einen Teil des Bolongaropalastes anzukaufen und als Schule herzurichten, protestiert die Bürgerschaft mit der Begründung, daß die ansehnliche Stadtgemeinde ein Schulhaus verlangt, welches die Stadt auch für das nächste Jahrhundert repräsentieren kann.

Am 24. 8. 1880 tritt Konrad Glatt aus Gesundheitsrücksichten vom Amt zurück und macht seinem am 5. 1. 1880 gewählten Stellvertreter P. A. Bied den Platz frei.

b) Die Verdienste Konrad Glatts

Für die weitere Entwicklung der Stadt Höchst war es bedauerlich, daß Konrad Glatt so frühzeitig die Führung der Stadtgeschäfte niederlegen mußte. Er war als Persönlichkeit allseitig interessiert und ließ dem wirtschaftlichen Aufstieg den kulturellen folgen. Er setzte sich mit aller Macht dafür ein, daß die kulturellen Kräfte in Höchst wachblieben und förderte das Ansehen der Stadt in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Nicht umsonst will die Konrad-Glatt-Straße die Höchster Bürger an ihren bedeutenden Bürgermeister erinnern.

V.

„DIE BESTEN JAHRE FÜR DAS AMT“

Es war im Jahre 1866. Adelon war noch Bürgermeister. Peter Anton Bied, Aktionär der Gasesellschaft, spielte im kommunalen wie im gesellschaftlichen Leben der Stadt eine nicht unbedeutende Rolle. Sicherlich dachte er zu diesem Zeitpunkt nicht daran, einmal Bürgermeister der Stadt zu werden. Das Jahr 1866 war für Höchst von entscheidender Bedeutung. Es kam zur Einverleibung des Herzogtums Nassau nach Preußen.

Vom deutschen Bruderkrieg merkte man bis in die Mitte des Jahres 1866 hinein im damaligen Kreisamtsblatt nicht viel, es sei denn, daß Bürgermeister Adelon am 11. 7. 1866 bekanntmacht, daß die auf den 15. 7. 1866 fallende Kirchweih der Kriegsereignisse wegen ausgesetzt werden muß.

Im Juli veröffentlicht die Einquartierungskommission von Höchst eine Vorschrift über die Verköstigung der jeweils in Höchst einquartierten Truppen⁴¹⁾. Damals sind pro Mann zu liefern an Frühstück: Kaffee mit Zucker nebst zwei Brötchen oder Butterbrot; an Mittagessen: Suppe, Gemüse, ein halbes Pfund Fleisch und ein Schoppen Bier; an Abendessen: Suppe, Salat, Fleisch und ein Schoppen Bier, sowie täglich zwei Pfund Brot pro Mann⁴²⁾.

a) **Drei Mann wogen acht Zentner**

Diese zusätzliche Belastung schien für die Höchster unerträglich. Der Gemeinderat beschloß, bei der Regierung in Wiesbaden vorstellig zu werden; eine Deputation wurde gewählt, die nach Wiesbaden fuhr und in bewegten Worten die Zustände und die Notlage der Stadt schilderte.⁴³⁾ Das war gut ausgedacht, und der Erfolg wäre sicherlich nicht ausgeblieben, wenn der Gemeinderat bei der Wahl der Deputierten vorsichtiger vorgegangen wäre. So aber wählte man in diese Hungersnot-Deputation Peter Anton Bied, Alexander Kunz und Franz Meder, drei ehrenwerte Höchster Bürger, die den einzigen Fehler hatten, daß sie zusammen über acht Zentner wogen.

Beim Anblick dieser schwergewichtigen Männer sagte der Minister nur einen Satz: „Na, so ganz schlimm scheint's ja in Höchst noch nicht zu sein.“ Und damit war die Deputation entlassen. Peter Anton Bied tröstete bei einem guten Nachtessen im „Einhorn“ in Wiesbaden seine beiden Mitdeputierten mit den Worten: „Deß hätte m'r uns eigentlich denke könne.“

So war Peter Anton Bied⁴⁴⁾. Es sollte von diesem Zeitpunkt an noch 14 Jahre dauern, bis Konrad Glatt aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegt und Peter Anton Bied die Dienstgeschäfte versieht. Am 30. 8. 1880 findet die Übergabe der Wertpapiere und Inventarstücke der Stadt Höchst seitens des Bürgermeisters Glatt und des Bürgermeister-Stellvertreters Bied statt. Anwesend war der Vorsteher des Gemeinderats Adam Kayser. Bald darauf, am 22. 10. 1880, wird Bied, der der Nationalliberalen Partei angehört, mit 30 gegen eine Stimme zum Bürgermeister gewählt und am 2. 11. 1880 beim königlichen Amt vereidigt⁴⁵⁾. Die Regierung in Wiesbaden bestätigt unter dem 28. 10. 1880 die Wahl Peter Anton Bieds zum Bürgermeister von Höchst für die Dauer von 12 Jahren auf Grund des Gesetzes vom 26. 4. 1869.

b) **Sachkundiger Sammler**

Peter Anton Bied war ein begeisterter Altertumssammler. Er hat die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf das Höchster Porzellan⁴⁶⁾ gelenkt, das er wohl als erster sachkundig gesammelt hat.

Bied hat sich in Höchst besondere Verdienste erworben: Verschönerung des Stadtbildes, Straßenanlagen, Kanalisation, Hafenanlagen. Besonders das letztere sollte sich bald als ein großes Glück für die Stadt erweisen. Am 28. 11. 1882 wird der Maingau⁴⁷⁾ von einer gewaltigen Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Bei Höchst erreichte das Wasser die Pegelhöhe von 7,59 Meter.

In die Ära Bied fallen der Bau des neuen Krankenhauses⁴⁸⁾ an der Hospitalstraße (1883) und die Errichtung der Kasinoschule (1883/84).

Er setzte sich dafür ein, daß am 25. 1. 1884 die Trichinenschau in Höchst eingeführt wird; Tierarzt Geibel⁴⁹⁾ wird erster Trichinenbeschauer. Die Genehmigung zur Errichtung eines Realgymnasiums am 26. 3. 1884 geht nicht zuletzt auf Bied's

Initiative zurück. Er nimmt sich der Einweihung des Dr.-Schüler-Denkmal an (27. 4. 1884). Er führt den Beschluß des Gemeinderates herbei, nach dem am 22. 4. 1884 verstorbenen Dr. Adolf v. Brüning⁵⁰⁾ eine Straße zu benennen.

Die Volkszählung am 8. 12. 1885 ergibt für Höchst 3 202 männliche und 2 919 weibliche, insgesamt 6 121 Bewohner, das sind gegenüber 1880 genau 1 090 Bewohner mehr.

c) **Amtsbereich erweitert**

Inzwischen hatte sich auch der Amtsbereich des Bürgermeisters erweitert: Sorge für die Impfung, Sorge für das Militärwesen, das Gesamtsteuerwesen, die anfallenden statistischen Arbeiten, das Armenwesen, die gewerblichen Betriebe, die Polizeiverwaltung, das Standesamt, das Schiedsamt, das Schulwesen und die Regelung der Stellung der Arbeiter zu den Arbeitgebern gehörten nun zum Aufgabenbereich des Bürgermeisters. Von Peter Bied an läßt sich deutlich die Festigung der Stellung des Bürgermeisters erkennen⁵¹⁾.

So blieb es nicht aus, daß unter dem 25. 4. 1885 vom Gemeinderat ein Antrag auf Gehaltserhöhung des Bürgermeisters von 2 500 auf 3 000 Mark rückwirkend vom 1. 4. 1884 beantragt und genehmigt wurde. Die Begründungen zu dem Antrag lauten: „Es findet sich hier niemand, der diese Arbeiten gratis oder als Ehrenamt verrichtet“ oder „Pension erhält er keine, seine besten Jahre hat er dem Bürgermeisteramt geopfert.“

Bied hatte tatsächlich in den Jahren seiner Bürgermeisterzeit gesundheitlichen Schaden genommen. Am 1. 12. 1887 genehmigt der Regierungspräsident in Wiesbaden, daß Bied aus Gesundheitsrücksichten dienstentlassen wird. Am 22. 5. 1889 ist Peter Bied im Alter von 61 Jahren gestorben. Die Stadt Höchst ehrte sein Andenken dadurch, daß sie eine Straße⁵²⁾ nach ihm benannte.

d) **Periode der „Auswärtigen“**

Mit den Bürgermeistern Adelon, Lina, Glatt und Bied — 1849 bis 1887 — endete eine Epoche der kommunalen Geschichte der Stadt Höchst. Die zweite, die mit Gebeschus beginnt, ist die Epoche der vollamtlichen Bürgermeister, von denen juristische Examina verlangt wurden.

Gab es bis Bied kaum einen sogenannten Verwaltungsbetrieb, so beginnt mit dem Juristen Gebeschus die „Bürokratie“ in das Höchster Rathaus einzuziehen, ganz deutlich erkennbar an der Zunahme des Geschriebenen, und hier hat die Bürokratie etwas Gutes, indem sie dem Forscher reicheres Quellenmaterial zur Verfügung stellt.

Sind die bisher genannten Bürgermeister insgesamt Höchster Bürger gewesen, so beginnt jetzt die Epoche der „Auswärtigen“. Von den folgenden sechs Bürgermeistern konnte keiner den Höchster Geburtsschein aufweisen.

VI. WER WAR GEORG GEBESCHUS?

Ich gehe durch die Straßen von Höchst, biege in die Gebeschusstraße ein. Einen alten Höchster Bürger frage ich: „Wer war eigentlich Gebeschus?“ Nach betretenem Schweigen die zögernde Antwort: „Ich glaube, es war ein Mann, der früher hier gelebt hat.“ Mir kam zum Bewußtsein, wie schnell die Zeit voranschreitet und alles der Vergessenheit anheimfällt — es sei denn, daß der Chronist versucht, Vergangenheit wieder lebendig zu machen.

In seiner Sitzung vom 21. 12. 1887 beschließt der Gemeinderat, eine Kommission zur Prüfung der eingelaufenen Bewerbungen um den Bürgermeisterposten in Höchst zu wählen. Durch Akklamation werden die Herren Jakob Weinreiter, Fritz Ewald, G. A. Diehl, Heinrich Gregory und Karl Kayser gewählt. Unter dem 23. 11. 1887 bewirbt sich Dr. jur. Gebeschus, Rechtsanwalt und Notar in St. Goarshausen, um die ausgeschriebene Stelle als Bürgermeister⁵³⁾.

a) Ein Jurist wird Bürgermeister

Dr. Gebeschus ist am 12. 12. 1855 zu Demmin in Pommern als Sohn des Kreisgerichtssekretärs Georg Gebeschus, evangelischer Konfession, geboren. Ostern 1874 legt er die Reifeprüfung am Gymnasium in Demmin ab, widmet sich dann dem Studium der Rechte an den Universitäten Tübingen und Greifswald. Sein erstes juristisches Staatsexamen besteht er im Frühjahr 1878. Als Referendar arbeitet er bei der Kreisgerichtskommission Treptow. Er wird später in den Bezirk des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main übernommen und ist dort ein halbes Jahr tätig. Im März 1882 promoviert er zum Dr. jur. Am 3. 12. 1883 folgt das zweite juristische Staatsexamen. Im Januar 1884 wird er als Rechtsanwalt am Amtsgericht St. Goarshausen zugelassen. Seine Ernennung zum Notar erfolgt im Frühjahr 1885. Am 18. 2. 1884 hatte er die Ehe mit Julia, geb. Schweickhardt, geschlossen. Aus dieser Ehe entstammen ein Sohn und eine Tochter. Seit Januar 1887 ist Gebeschus Mitglied des Gemeinderates in St. Goarshausen.

b) 42 Bewerber ums Amt

Die Ausschreibung des Bürgermeisterpostens in Höchst bringt 42 Bewerbungen. Von diesen werden 28 Kandidaten als qualifiziert festgestellt. Die Kommission des Gemeinderates für die Bürgermeisterwahl wählt Heinrich Gregory zum Vorsitzenden und Karl Kayser⁵⁴⁾ zum Schriftführer. Man beschließt, alle eingehenden Offer-ten der Berücksichtigung zu unterziehen, einerlei, ob der Betreffende die Qualifikation habe, die nach der Ausschreibung erforderlich ist, oder nicht. In der Ausschreibung heißt es nämlich, daß solche Bewerber zugelassen werden, die die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt durch Ablegung der 2. Staatsprüfung nachgewiesen haben. Vergütung anfangs 4 000 Mark, höchstens jedoch 5 000 Mark jährlich. Amtsdauer 12 Jahre.

Die Kommission urteilt nach folgenden Gesichtspunkten:

1. eine möglichst nicht zu junge und nicht zu alte Persönlichkeit zu benennen,
2. eine Persönlichkeit, die bereits im öffentlichen Leben selbständig gearbeitet und sich bewährt habe, zu nominieren,
3. eine Persönlichkeit, die möglichst mit den nassauischen Verhältnissen vertraut ist, vorzuschlagen.

Besonders der letzte Punkt trifft nach Feststellung der Kommission auf Dr. Gebeschus zu. Es wird darauf hingewiesen, daß Gebeschus in seiner bisherigen Position ein weit besseres Einkommen habe als der hiesige Bürgermeisterposten einbringt. Man schließt daraus, daß Gebeschus die Position eines Bürgermeisters nur als eine Durchgangsstation betrachten werde, um bald auf einen besser dotierten Verwaltungsposten zu gelangen. Die Kommission veranlaßt Dr. Gebeschus für den Fall seiner Wahl zu erklären, daß er das Amt innerhalb von 6 Jahren nicht verlassen werde. Gebeschus gibt die gewünschte Erklärung ab. Danach empfiehlt die Kommission Dr. Gebeschus als geeigneten Kandidaten für die Stelle des Bürgermeisters. Er wird am 22. 2. 1888 auf 12 Jahre zum Bürgermeister von Höchst gewählt.

Aus den 12 Jahren Diensttätigkeit in Höchst sollte es allerdings nichts werden. Am 23. 2. 1893 wird er zum Oberbürgermeister von Hanau gewählt. Er hat dieses Amt bis zum Jahre 1917 inne. Seine Ernennung zum Ehrenbürger von Hanau folgt. Am 12. 11. 1936 ist Dr. Gebeschus im Alter von 81 Jahren verstorben⁵⁵).

c) Erster vollamtlicher Bürgermeister

Dr. Gebeschus war der erste vollamtliche Bürgermeister von Höchst. Er bemühte sich um eine ordnungsgemäße Verwaltung. Sein Verdienst ist es gewesen, daß am 2. 12. 1890 die alte Realschule in das neuerrichtete Gymnasium Feldbergstraße - Luciusstraße verlegt werden konnte. Für die Gründung der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz unter Sanitätsrat Dr. med. Schwerin⁵⁶) legte er sich stark ins Zeug. Die Gründung konnte am 8. 8. 1892 stattfinden. In seine Ära fallen der Neubau des Gymnasiums und des Wasserwerks. Bei der Abschiedsfeier im Casinosaal am 23. 2. 1893 sagte Stadtverordnetenvorsteher G. A. Diehl⁵⁷), daß Höchst seinen Bürgermeister nur ungern scheiden sehe. Gebeschus erklärte, daß er sich in Höchst sehr wohl gefühlt habe, allein das Streben des Menschen sei immer nach vorne gerichtet. Deshalb habe er die Wahl zum Oberbürgermeister von Hanau angenommen⁵⁸).

VII.

IM SCHATTEN EINES GROSSEN

Im Schatten eines Großen zu stehen, ist nicht einfach. Paul Wilhelm Karraß als Nachfolger von Gebeschus hatte es allein aus diesem Grunde schwer. Ihm fehlte die starke Initiative seines Vorgängers, obwohl er sich seiner Vorbildung entsprechend gut zum Bürgermeister eignete.

Karraß war zur Zeit seiner Wahl Bürgermeister in Alzey. Er wird durch den Gemeinderat einstimmig gewählt. 1858 als Sohn eines Superintendenten zu Trebnitz in der Provinz Schlesien geboren, besuchte er das Gymnasium zu Torgau, studierte dann an den Universitäten Halle, Berlin und Breslau Jurisprudenz. Vom Frühjahr 1884 bis Herbst 1887 arbeitete er in der Verwaltung der Stadt Frankfurt als Aktuar in der Stadtkämmerei ⁵⁹⁾, von da an als besoldeter juristischer Stadtrat in Cottbus. Seit drei Jahren war er Bürgermeister von Alzey.

a) Herzlicher Empfang

Seine Bestätigung als Bürgermeister der Stadt Höchst trifft am 2. 9. 1893 ein ⁶⁰⁾, seine Dienstseinführung ist am 6. 9. 1893 im Beisein des königlichen Regierungspräsidenten Frhr. v. Reiswitz. Zu seiner Begrüßung hatten sich 200 Höchster Bürger im Casinosaal eingefunden. Eine starke Abteilung der Farbwerkskapelle hatte das Orchester besetzt. Die Höchster Bürgerschaft hatte alles getan, um Karraß den Aufenthalt in Höchst angenehm zu machen ⁶¹⁾.

In den beiden ersten Jahren seiner Tätigkeit hat er sich um das Wohl der Stadt verdient gemacht. Stadtverordnetenvorsteher G. A. Diehl hat das im Geschäftsbericht von 1895 lobend anerkannt. Zwanzig öffentliche Sitzungen und siebzehn nichtöffentliche Sitzungen wurden abgehalten; in diesen wurden 134 Magistratsvorlagen verhandelt, 129 Anträge angenommen und fünf zurückgestellt. In neun Kommissionen war der Bürgermeister tätig. Er selbst sorgte dafür, daß 1895 das Magistratskollegium durch die Stadträte Dr. Gust. v. Brüning und Dr. Ernst Winkler ⁶²⁾ erweitert wurde. Alle drei wurden einstimmig gewählt. Auch im Magistratsbüro trat dadurch eine Erweiterung ein, daß von Karraß die Anstellung eines zweiten Bürogehilfen mit einem Gehalt von 1800 Mark im Jahr bewerkstelligt wurde.

b) Überraschender Rücktritt

Überraschend für Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hat Bürgermeister Karraß am 14. 6. 1898 sein Amt niedergelegt ⁶³⁾. Der Beigeordnete Kayser verlas in der Stadtverordnetenversammlung das Schreiben des königlichen Regierungspräsidenten, worin der Stadtverordnetenversammlung die Amtsniederlegung mitgeteilt wird ⁶⁴⁾. Damit verschwindet Karraß aus Höchst und aus dem Gesichtskreis seiner Bürger. Eine Umfrage bei alten Höchster Bürgern hat ergeben, daß sie mit dem Namen Karraß nichts anzufangen wissen ⁶⁵⁾.

In die Amtsperiode des Bürgermeisters Karraß fällt die Gründung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Ffm.-Höchst am 8. 3. 1894. Karraß gehörte dem ersten Vorstand unter dem Vorsitz von Gustav v. Brüning bis zu seinem Weggang von Höchst an. Die Gründung des Vereins, der sich die Pflege der kulturellen Tradition der Stadt Höchst zur Aufgabe machte, bedingte einen zentralen Aufschwung des geselligen Lebens in Höchst; noch heute nimmt der Verein für Geschichte und Altertumskunde eine geachtete Stellung im weitverzweigten Kulturleben der Stadt ein.

Neben der Förderung dieser speziellen kulturellen Belange ließ es sich Karraß angelegen sein, die bauliche Veränderung der höheren Töchterschule herbeizuführen. Sie konnte in seiner Anwesenheit am 28. 9. 1896 eröffnet werden ⁶⁶⁾.

c) Projektierung der Kleinbahn

Karraß verdient bei objektiver Betrachtung in Verbindung mit dem Bau der Kleinbahn Höchst — Königstein ⁶⁶⁾ erwähnt zu werden. Die ersten Projektierungen dieser heute so wichtigen Taunusbahn reichen in das Jahr 1895 — Höchst hatte damals 11 500 Einwohner — zurück. Ein Ausschuß der interessierten Verwaltungsstellen unter dem Vorsitz des damaligen Landrats Dr. Wilhelm von Meister (1892—1895) ⁶⁷⁾ erörterte erstmals das Projekt, und schon zwei Jahre später waren die Bestrebungen so weit gediehen, daß der Minister für öffentliche Arbeiten sein Einverständnis zur Genehmigung der Linie als Kleinbahn gab. Staat, Kreis und Gemeinde beteiligten sich bei der Kapitalsanlage. Ausgeführt wurde die Bahn durch die AG für Bahnbau und Betrieb in Frankfurt. Die Konzessionsurkunde, datiert vom 21. 3. 1901, lautet auf 90 Jahre ⁶⁸⁾. Karraß erkannte, daß die Kleinbahn ein wichtiger Faktor zur Erschließung des Taunus und damit wesentlich für den Zubringerverkehr nach Höchst sein werde. Auf kommunalpolitischem Sektor war Karraß bemüht, ein dem Fabrikanten Schmitz gehöriges Terrain an der Schwärzefabrik in der Größe von 43,60 Ruten zum Preise von 130 Mark je Rute für den Schlachthof anzukaufen.

Über das weitere Schicksal von Bürgermeister Karraß nach seinem Weggang aus Höchst 1898 schweigen die Archivalien ⁶⁹⁾.

VIII. DER GRÜNDER DES STADTPARKS

„Pflanz einen Baum,
Und kannst du auch nicht ahnen,
Wer einst in seinem Schatten tanzt:
Bedenke, Mensch: Es haben Deine Ahnen,
Eh sie dich kannten, auch für dich gepflanzt“.

Niemand anders als Bürgermeister Palleske, der Begründer des Höchster Stadtparks ⁷⁰⁾, hat den Anstoß zu diesem Spruch gegeben, unter dem der Stadtpark von Höchst geboren wurde. Der Gedenkstein war ein Geschenk des Stadtverordneten und Bauunternehmers Jakob Burkhardt; die Tafel war eine Stiftung des Beigeordneten Ludwig Scriba ⁷¹⁾; der Spruch stammt von dem damals bekannten Bismarck-Biographen Max Bever. Am 8. 5. 1908 wurde der Gedenkstein in den städtischen Anlagen errichtet ⁷²⁾.

Vor seiner Berufung zum Bürgermeister der Stadt Höchst war Viktor Palleske Bürgermeister der Stadt Stolp in Pommern. Als Sohn des Konrektors der städtischen Mädchenschule zu Stralsund, Oswald Palleske, wurde er am 30. 9. 1860 in Uckermünde geboren, bestand Ostern 1882 das Abitur in Stralsund und legte 1885 die juristische Referendarprüfung mit Erfolg ab ⁷³⁾.

a) **Die Jahre in Höchst**

Das erste Jahr seiner Tätigkeit in Höchst brachte im Magistratskollegium wesentliche Veränderungen. Die Amtszeit der Stadträte Großmann⁷⁴⁾ und Döft⁷⁵⁾ lief ab. Für Großmann, der seine Wiederwahl ablehnte, wurde der Stadtverordnete Jakob Weinreiter⁷⁶⁾ gewählt. Stadtrat Döft wurde auf die Dauer von 6 Jahren wiedergewählt. In das Magistratskollegium trat der zum besoldeten Beigeordneten gewählte Polizei-Assessor Dr. Schneeweis⁷⁷⁾ aus Köln neu ein. Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung war der Kaufmann Gustav Adolf Diehl, Prokurist der Farbwerke Hoechst. Sechzehn Kommissionen bzw. Verwaltungsdeputationen bestanden zu dieser Zeit.

An die Stelle von Stadtbaumeister Hertwig, der zum Stadtbaurat in Remscheid gewählt worden war, trat am 1. 10. 1900 der Bauassessor Steinel⁷⁸⁾ aus Schweinfurt. Der städtische Verwaltungskörper setzte sich aus 33 lebenslänglich angestellten Beamten zusammen, wovon 16 im städtischen Polizeidienst tätig waren, 15 der Verwaltung angehörten, dazu ein Vollziehungsbeamter und ein Magistratsbote.

b) **Der Nassauische Städtetag**

Am 22. und 23. Juni 1900 tagte in Höchst im großen Festsaal der Farbwerke der Nassauische Städtetag unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. von Ibell (Wiesbaden). Als Ehrenmitglied war Bürgermeister Dr. Heussenstamm (Frankfurt) zugegen. Insgesamt 38 Städte waren in der Versammlung vertreten. Stadtrat Kutt⁷⁹⁾ (Höchst) hielt einen Vortrag über die Wohlfahrtseinrichtungen der Höchster Farbwerke.

c) **Die neue Ortssatzung**

Auf Grund des Gesetzes über die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899 wurde von den städtischen Kollegien eine Ortssatzung beschlossen, die die Beamten in vier Kategorien einteilte: Anstellung auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung, Anstellung auf dreimonatige Kündigung, jedoch mit Pensionsberechtigung, im Nebenamt tätig und durch Privatvertrag angestellt.

Die Gemarkung der Stadt umfaßte 1901 304,83,23 ha, bestehend aus 117,78,41 ha Hofraite, 138,06,94 ha Acker, Wiesen und Baugelände, 35,08,75 ha Wege und Eisenbahn, 13,89,11 ha Bäche und Gewässer.

An bedeutenden Fabriken bestanden zu dieser Zeit⁸⁰⁾: Farbwerke: 4 000 Arbeiter, 150 Chemiker; Breuer & Co: 900 Arbeiter, 100 Beamte; Deutsche Gelatine Fabriken: 180 Arbeiter und Arbeiterinnen; Höchster Gasbeleuchtungsgesellschaft: 27 Arbeiter, 5 Beamte; Schmitz & Co: Metaldreherei 25 Mann, Metallgießerei 35 Mann; Großmann & Söhne, Fabrik für Gips: 12 Arbeiter; Wilhelm Albach, Kupferwarenfabrik: 15 Arbeiter, 3 Beamte; Fabrik für chemisch-technische Produkte von C. Braselmann: 8 Arbeiter.

d) **Palleskes Wirken**

Der Initiative Palleskes ist es zu danken, daß der Krankenhauspavillon mit 73 Betten eingerichtet wurde, daß Leichenhaus, Sezierraum und Waschküche betriebsfertig wurden.

Palleske erreichte den Ausbau des Gymnasiums zum Vollgymnasium. Durch Verfügung vom 19. 10. 1900 wurde der gymnasiale Teil der Anstalt als vollberechtigtes Gymnasium anerkannt. Die erste Reifeprüfung unter Vorsitz des Bürgermeisters Palleske fand am 20. 2. 1901 statt. Sämtliche sechs Abiturienten wurden von der mündlichen Prüfung befreit. Die Anstalt zählte zu dieser Zeit 367 Schüler. Der Förderung des Schulwesens hat sich Palleske besonders gewidmet. Die Hostatoschule und die Robert-Blum-Schule (1910) wurden in seiner Amtszeit errichtet. Im geselligen Leben der Stadt spielte Palleske eine bedeutende Rolle; er war Vorsitzender des Vereins für Geschichte und Altertumskunde. Die Stadt gab dem Verein einen jährlichen Zuschuß von 300 Mark.

Auch für die Erweiterung der Grünanlagen sorgte Bürgermeister Palleske. Auf seine Anregung und unter seiner Leitung entstand der im Volksmund nach ihm benannte Park in den ursprünglich öden und feuchten Nidda- und Sulzbachwiesen im Osten der Stadt. Durch Bereitstellung größerer Mittel seitens der städtischen Behörden war die Möglichkeit gegeben, die neuen städtischen Anlagen am Ost- und Nordostende der Stadt zu vergrößern. Die Gartenbaudeputation stand vor schwierigen Überlegungen, in welcher Weise das 60 Morgen große Terrain gestaltet werden sollte. Forstmeister Staubesand aus Königstein, als anerkannter Fachmann, wurde zu Rate gezogen und arbeitete das Projekt aus.

Bürgermeister Palleske wies darauf hin, daß die ganze Neuanlage ihren vollen Wert erst in der Zukunft haben werde, wenn die Nachbarorte bis Frankfurt hin immer mehr zusammenrückten.

Heute ist der Stadtpark ein Idyll im Industriezentrum Höchst. Die Erholungsuchenden sollten daran denken, daß sie diese Anlage einem weitsichtigen Bürgermeister dieser Stadt verdanken. Die Palleskestraße soll an den Mann erinnern, der nicht nur ein tüchtiger Verwaltungsmann, sondern auch ein Freund der Bürger war.

IX.

MARKSTEIN IN DER ENTWICKLUNG

Ein Markstein in der Geschichte der Stadt Höchst ist der 1. Juli 1917. Mitten im Krieg wurden Sindlingen, Zeilsheim und Unterliederbach⁸¹⁾ mit Höchst zu einer Gemeinde zusammengeschlossen. Das Verdienst an diesem Zusammenschluß ist vor allem dem damaligen Bürgermeister von Höchst, Dr. August Wilhelm Albert Janke, zuzuschreiben, der im gleichen Jahr von Kaiser Wilhelm II. zum Oberbürgermeister ernannt wird.

Bürgermeister Dr. Janke (Treptow an der Rega/Pommern) wird durch Stadtverordnetenvorsteher Dr. Beil⁸²⁾ aufgefordert, sich am 2. 9. 1910 bei der Wahlkommission vorzustellen. Janke ist in Kolberg geboren. Er ist damals 37 Jahre alt, hat in Heidelberg, Berlin und Greifswald studiert. Nach der juristischen Assessorprüfung wird er 1904 einstimmig zum Bürgermeister von Treptow an der Rega gewählt.

Er errichtete dort als Bürgermeister das Schlachthaus, baute große Betonbrücken, erweiterte die Gasanstalt und gründete einen gemeinnützigen Bauverein. Mit diesen Empfehlungen wird er zum Bürgermeister von Höchst gewählt.⁸³⁾

a) **Drei Orte werden eingemeindet**

Janke hat sich um Höchst besondere Verdienste erworben. Die Anlegung des Strandbades, die Errichtung des Wehres an der Nidda, die Fertigstellung der Ufer- und Hafenanlagen am Main gehen auf ihn zurück. An gemeinnützigen Einrichtungen sind die Errichtung der Volksküche, des Kindergartens, der Feuerwache, des Bauhofes, des Hauptfriedhofes, der Trauerhalle und des Krematoriums zu nennen.

Die Eingemeindung von Sindlingen, Zeilsheim und Unterliederbach erfolgt in Anwesenheit der Vertreter der eingemeindeten Vororte in einer Feierstunde in der „Schönen Aussicht“. „Möge unser neues Höchst eine blühende Entwicklung nehmen zum Segen und zur Freude unserer ganzen Bürgerschaft. Es lebe unsere neue Stadt Groß-Höchst“, rief Janke dabei aus⁸⁴⁾.

Durch diese Verschmelzung kam zu dem Stadtbezirk rund 1 600 ha unbebautes Land hinzu, so daß dadurch eine gesunde Entwicklung der Stadt möglich war. Die Einwohnerzahl erhöhte sich auf 30 000.⁸⁵⁾

b) **Franzosen besetzen Höchst**

Am 14. 12. 1918 besetzen die Franzosen Höchst.⁸⁶⁾ Der Einmarsch vollzieht sich reibungslos. Bereits in den Vormittagsstunden erscheinen die Quartiermacher und nehmen Verhandlungen mit Oberbürgermeister Janke auf. Gegen 12 Uhr kommen die ersten größeren Truppenabteilungen, ein Infanterieregiment. In den Nachmittag- und Abendstunden hat das Straßenbild durch die Menge blaugrauer Gestalten, die sich die Weihnachtsauslagen in den Schaufenstern ansahen, bereits eine eigene Note. Die Grenzpostierungen befinden sich zunächst an der Nieder Brücke.⁸⁷⁾ Der Arbeiter- und Soldatenrat, der bis dahin im Rathaus getagt hatte, stellt seine Tätigkeit ein. Am 10. 6. 1919 wird Oberbürgermeister Dr. Janke von den Besatzungsbehörden ausgewiesen; ebenso der Beigeordnete Dr. Hog.⁸⁸⁾ Die Rückkehrerlaubnis für Dr. Janke wird erst 1927 erteilt. Am 5. 4. 1933 wird Dr. Janke Landrat von Höchst.

Seit 1913 war Janke Vorsitzender der Elektrizitätsdeputation, der Feuersicherheitsdeputation, der Gesundheitskommission, der Kassendeputation, der Kommission zum Schutze des Städtebildes, der Krankenhausdeputation, des Kuratoriums des Gymnasiums, des Lyzeums, der kaufmännischen Fortbildungsschule, der Schuldeputation, der Schlachthofdeputation, der Wasserwerksdeputation, der Rathausbaukommission, der Deputation zur Festlegung eines Fluchtlinienplanes für die Altstadt und der Eingemeindungskommission.

Am 31. 3. 1922 besteht der Magistrat aus 13 Mitgliedern, die Stadtverordnetenversammlung aus 42 Angehörigen, davon stellte Höchst 20, Zeilsheim 7, Sindlingen 6, Unterliederbach 9 Abgeordnete.⁸⁹⁾

X.

AUF DEM HÖHEPUNKT DER INFLATION

Im Jahre 1923 erlebte Deutschland den Höhepunkt der Inflation. Der Einmarsch der Franzosen Mitte Januar in das Ruhrgebiet und die Besetzung anderer wichtiger Industriezentren über die Grenzen des besetzten Gebietes hinaus geben der deutschen Mark den letzten Stoß zum Todessturz.

Hatten 10 000 Papiermark am 31. 12. 1922 noch einen Wert von 6,34 Goldmark, so waren sie am 11. 1. 1923 nur noch 3,22 Goldmark wert. 100 000 Papiermark waren am 21. 5. 1923 = 8,40 Goldmark. Am 12. 7. wurde ihr Wert schon auf 1,33 Goldmark berechnet und die Papiermark nur noch in Millionen gezählt. Am 20. 11. 1923 hatte eine Billion Papiermark nur noch den Wert von einer Goldmark. Die alte Mark war tot.⁹⁰⁾

a) Knappes Wahlergebnis

In dieser Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise wird Bruno Asch am 18. 10. 1922 mit 26 von 44 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister von Höchst gewählt. Er gehörte der Sozialdemokratischen Partei an. Bei der Stimmabgabe fehlten von der Deutschen Volkspartei drei Abgeordnete und von den Demokraten zwei Abgeordnete. Bei einer Vollbeteiligung wäre das Stimmenverhältnis 26:23 gewesen.

Vor der Wahl gab der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Dr. Landers, im Auftrag seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Die Zentrumsfraktion erhebe Protest dagegen, daß die Linksmehrheit durch ihr Vorgehen die Ausschreibung der Bürgermeisterstelle verhindert habe. Die Zentrumsfraktion könne einem Mann, der vom Geist der Sozialdemokratie erfüllt sei, ihre Zustimmung nicht geben. Da sie bei der Zusammensetzung des Hauses die Wahl nicht verhindern könne, sehe sie sich gezwungen, weiße Zettel abzugeben.

Für die Deutsche Volkspartei gibt Stadtverordneter Rektor Frischholz eine ähnlich lautende Erklärung ab. Asch habe noch nicht bewiesen, daß er die Fähigkeit habe, in allen Zweigen der Verwaltung beschlagen zu sein. Seine Fraktion bezweifle, daß Asch der Bürgerschaft von Höchst gegenüber volle Objektivität walten lassen könne.⁹¹⁾

b) Bruno Aschs Werdegang

Wer war dieser vielumstrittene Bruno Asch?⁹²⁾ Am 23. Juli 1890 in Wollstein geboren, besuchte er dort das Realgymnasium bis zur Obersekundareife. Vom 1. Oktober 1905 an war er Lehrling in der Textilbranche. In dieser Berufssparte blieb er bis 1920 tätig. Dann schied er wegen politischer Meinungsverschiedenheiten aus dem Betrieb. Seit 1909 war Asch öfters beruflich im Ausland.

Am 24. August 1920 werden in Höchst Dr. Krebs aus Bottrop zum besoldeten Beigeordneten und Bruno Asch zum besoldeten Stadtrat auf 12 Jahre gewählt. Dr. Krebs verzichtet auf die Annahme des Amtes, an seiner Stelle tritt Hermann

Bayersdorff.⁹³⁾ Am 6. Oktober 1920 wird die Wahl Aschs durch den Regierungspräsidenten in Wiesbaden bestätigt. Asch erhält das Dezernat Wirtschaftsamt. Ab 23. Februar 1923 fungiert er — nach Ablauf der Wahlperiode Dr. Jankes — als Bürgermeister der Stadt. Mit Urkunde vom 5. Februar 1923 wird er vom Preußischen Staatsamt als Bürgermeister der Stadt Höchst auf 12 Jahre bestätigt.

Vier Monate später, am 27. 6. 1923, wird er von den Besatzungsbehörden verhaftet.⁹⁴⁾ In der Ordonnanz 162 der französischen Besatzungsbehörden wurde von den Gemeinden verlangt, daß sie die Überwachung der Bahnübergänge übernehmen sollten. Die Bürgermeister aber erhielten von der deutschen Regierung Anordnung, diesem Befehl nicht nachzukommen. Asch wurde in Wiesbaden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und am 5. 10. 1923 ausgewiesen.

Kurz vor der Verhaftung des Bürgermeisters waren schon seine Vertreter, Beigeordneter Bayersdorff und Magistratsrat Burggraf am 10. 5. 1923 ausgewiesen worden, weil sie sich weigerten, französischen Befehlen zu folgen. Die Führung der Stadtgeschäfte übernahm der Beigeordnete Schüller.⁹⁵⁾ Auch er wurde am 12. 8. 1923 ausgewiesen. Im ganzen sind aus Höchst in dieser Zeit 250 Einwohner ausgewiesen worden.⁹⁶⁾

Am 15. 8. 1925 wurde Asch zum Stadtrat für das Finanzwesen in Frankfurt gewählt. In der Höchster Stadtverordnetenversammlung herrschte darüber große Bestürzung. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Korndörfer (Deutsche Volkspartei) versuchte in der Sitzung am 27. 8. 1925, den Bürgermeister zum Bleiben zu bewegen.⁹⁷⁾ Asch entschied sich, das Angebot der Stadt Frankfurt anzunehmen.⁹⁸⁾ Er hat es in seiner Höchster Zeit verstanden, die Stadt durch die schwierige Situation zu bringen. Er hatte bedeutende kommunalpolitische Pläne für Höchst.

Über fünf Jahre blieb Bruno Asch Kämmerer der Stadt Frankfurt. Am 20. 4. 1931 erfolgte seine Einführung als Stadtkämmerer von Berlin. Aus Anlaß seines Scheidens von Frankfurt verlieh ihm die Stadt am 27. 4. 1931 die Ehrenplakette.

c) **Tragisches Schicksal**

Das weitere Schicksal Bruno Aschs ist tragisch. Am 9. 9. 1938 wurde ihm durch die Nationalsozialisten die deutsche Staatsbürgerschaft abgesprochen. Er ging nach Amsterdam. Beim Einmarsch der Deutschen im Zweiten Weltkrieg gab er sich selbst den Tod. Seine Frau Grete, geb. Hauschner, war mit zwei Töchtern im Lager umgekommen. Die älteste Tochter Myriam ist in Jerusalem verheiratet.

XI.

EINGEMEINDUNG NACH FRANKFURT

Dr. Bruno Müller, der letzte der zehn Bürgermeister der Stadt Höchst, konnte bei seinem Amtsantritt nicht ahnen, daß seiner Tätigkeit in Höchst nur zwei Jahre beschieden sein sollten. Ihm fiel die Aufgabe zu, die Eingemeindung⁹⁹⁾ der Stadt Höchst nach Frankfurt vorzubereiten, sicherlich keine leichte Aufgabe. Aber Müller löste sie mit viel Geschick und behielt das Wohl der Stadt im Auge, soweit das Gesetz es zuließ. Heute lebt Dr. Müller in Schönberg/Ts. im Ruhestand.

Dr. Müller wurde am 16. 2. 1889 in Berlin geboren. Seine Wahl zum Bürgermeister der Stadt Höchst erfolgte am 14. 1. 1926 im zweiten Wahlgang mit 19 gegen 15 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatten Dr. Müller 12, Dr. Michel 15 und Dr. Lingg 7 Stimmen erhalten. Dr. Michel war der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, während Dr. Lingg für das Zentrum kandidierte.¹⁰⁰⁾

a) Verdienste Bruno Müllers

In den zwei Jahren, die Dr. Müller bis zur Eingemeindung verblieben, hat er zur Gestaltung der Stadt Wesentliches beigetragen. Neben der Anlage von 1 317 Schrebergärten, der Erweiterung des alten Stadtparks, dem Ausbau des Graubner'schen = v. Ibell'schen Parks und des Brüningsparks, der Ausgestaltung des Mainufers und der Wörthspitze, fiel ihm die Vorbereitung der Eingemeindung nach Frankfurt zu.

Nach der Eingemeindung wurde Dr. Müller als Stadtrat in die Frankfurter Verwaltung aufgenommen. Er trat an die Spitze des Bezirksamtes Höchst, übernahm die Polizeiverwaltung, das Besatzungsamt sowie das Dezernat für Vorortsangelegenheiten.¹⁰¹⁾ Später übernahm er andere Aufgaben und schied am 1. 4. 1957 nach Erreichung der Altersgrenze aus der Stadtverwaltung Frankfurt aus.

Im Sommer 1927 mußte Höchst auf Veranlassung der preußischen Regierung mit Frankfurt Eingemeindungsverhandlungen aufnehmen. Die IG Farbenindustrie AG hatte sich in Frankfurt einen neuen Mittelpunkt geschaffen. Damit war die Verteilung der wichtigsten Steuer, der Gewerbesteuer, in die Hände Frankfurts gelegt. Höchst war in eine Rolle versetzt worden, die früher die einzelnen Arbeiterwohngemeinden gegenüber Höchst innehatten. Die Eingemeindung von sechs Frankfurter Vororten, darunter Höchst, war die letzte in Preußen durchgeführte Eingemeindung, bei der noch die Eingemeindungsverträge und die in ihnen vorgesehenen Steuerermäßigungen von der Staatsregierung anerkannt wurden.

Durch das am 1. 4. 1928 in Kraft getretene Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt erhielt Frankfurt durch die Eingemeindung der Stadt Höchst (1 972 ha), und der Gemeinden Griesheim (481 ha), Nied (391 ha), Sossenheim (638 ha), Schwanheim (1 793 ha) und Fechenheim (711 ha) einen Zuwachs von 75 000 Einwohnern und 6 000 Hektar Gebiet.

Die Eingemeindung von Höchst bereitete zunächst dadurch Schwierigkeiten, daß erst am 29. 3. 1928 das Eingemeindungsgesetz veröffentlicht wurde. Am 4. 4. 1928 erfolgte ein Einspruch der Interalliierten Rheinlandkommission — Höchst war bis zum 30. 6. 1930 besetztes Gebiet —, so daß die Eingemeindung in der Schwebe blieb.¹⁰²⁾ Nach etwa zwei bis drei Wochen wurde das Veto der Besatzungsmächte zurückgezogen, nachdem wegen des Rheinlandabkommens eine besondere kommunale Polizeiverwaltung für die in der Besatzungszone liegenden eingemeindeten westlichen Vororte eingerichtet worden war. Die Leitung der Polizeiverwaltung wurde Stadtrat Dr. Müller, dem letzten Bürgermeister von Höchst, übertragen.

b) Die letzte Sitzung

Die letzte Stadtverordnetenversammlung in Höchst fand am 31. 3. 1928 statt. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Korndörfer hob hervor, daß das neue Rathaus (der ehemalige Bolongaropalast) fast zwei Jahrzehnte der Stadt Höchst als Zentrum der Verwaltung gedient habe. „Möge der Entschluß der Eingemeindung nach Frankfurt der Stadt Höchst zu einer reicheren Entwicklungsmöglichkeit verhelfen.“

Man ging daran, die allgemeine Verwaltung in die Frankfurter Gesamtverwaltung zu überführen. In dem Eingemeindungsgesetz war zur Erhaltung des Eigenlebens der einst selbständigen Orte eine wesentliche Neuerung getroffen worden: die Bezirksverwaltung für Höchst.¹⁰³⁾ Der Bezirksverwaltung — für 15 Jahre gedacht — blieben als eigenständige Aufgaben erhalten: Fürsorgeangelegenheiten, Jugendfürsorge, Gesundheitsfürsorge, Turn- und Sportwesen, Wohnungsangelegenheiten, Wohnungsamt, Vergabe der Hauszinssteuer, Volksbildungsangelegenheiten, Schulangelegenheiten, Polizeiverwaltung, Baupolizei und Besatzungsamt.

c) Anfang und Ende

1849—1928: Anfang und Ende der kommunalen Selbstverwaltung einer Stadt.¹⁰⁴⁾ Jahre des Aufbaus, Jahre der Festigung und Jahre des Ausbaus. Drei Stadien zeichnen die Epochen dieser Stadt aus. Ihre zehn Bürgermeister haben durch ihre Initiative der Weiterentwicklung der Stadt auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gedient.

Diese Nummer der „Höchster Geschichtshefte“ soll mit dazu dienen, die Erinnerung an sie wachzuhalten.

XII.

GEWINN FÜR „GROSSEN NACHBARN“

Die Entwicklung Frankfurts zum Wirtschaftszentrum Südwestdeutschlands bedingte 1928 die Erweiterung seiner Stadtgrenzen, zumal im Norden wegen der hessischen Grenze keine Ausdehnungsmöglichkeiten vorhanden waren.¹⁰⁵⁾ Frankfurt hatte ein Interesse daran, innerhalb seiner Grenzen gewerblichen Unternehmungen die Möglichkeit zu geben, vorhandene Betriebe zu erweitern. Das ließ die Eingemeindungswünsche der Stadt berechtigt erscheinen.

Das im Westen der Stadt gelegene Industriegebiet war völlig aufgebraucht, und auch im Osten, wo ausgedehnte Hafenanlagen geschaffen wurden, war für Industrie mit größerem Raumbedarf kein Platz mehr vorhanden.

a) Höchst um 1928

Höchst hatte um 1928 etwa 32 000 Einwohner. Die Entwicklung der Stadt mußte als abgeschlossen betrachtet werden. Handel und Industrie waren in starkem Maße von den Einflüssen und Auswirkungen des Wirtschaftslebens der Stadt Frankfurt abhängig. Für sie war der bestimmende Faktor die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Untermaingebietes geworden. Das trat besonders in Erscheinung, seitdem durch das Aufgehen der Höchster Farbwerke in der IG Farbenindustrie AG

die Verwaltung dieses Unternehmens, das die Basis der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Höchst gebildet hatte, nach Frankfurt übergesiedelt war. Das bedeutete für Höchst eine nachteilige Änderung der bisherigen Grundlagen seiner Entwicklung.¹⁰⁶⁾

Die Situation der Stadt Höchst zur Zeit der Eingemeindung ließ für diese gar keine andere Möglichkeiten offen. Die Stadtverordneten haben dem auch in ihren Überlegungen Rechnung getragen und waren von Anfang an bereit, mit der Stadt Frankfurt in Verhandlungen zu treten. Auf der anderen Seite ergab sich aus den Darlegungen, daß der „große Nachbar“ daran interessiert sein mußte, seine Eingemeindungswünsche zielstrebig voranzutreiben.¹⁰⁷⁾

b) Industrie kam zu Frankfurt

Darüber hinaus hat Frankfurt durch die Eingemeindung eine Reihe größerer Fabrikgebiete in sein Gebiet aufgenommen und ist dadurch mehr zu einer Fabrikstadt geworden als früher. Dazu trug Höchst mit seinen Farbwerken und seinen zahlreichen anderen großen und mittleren Betrieben wesentlich bei. Höchst hatte sich in den letzten Jahrzehnten infolge des Aufschwungs der chemischen Industrie besonders schnell entwickelt.¹⁰⁸⁾

Höchst brachte aber nicht nur Industrie- und Industriearbeiterschaft nach Frankfurt mit, sondern auch alle Einrichtungen, die zum Wohle der Bevölkerung notwendig waren.¹⁰⁹⁾

Bei vielen anderen Eingemeindungen haben die kleinen Gemeinden schon jahrelang damit gerechnet, daß sie in der größeren Stadt aufgehen, und haben dementsprechend bei eigenen Anlagen und Anschaffungen Zurückhaltung üben können. Bei Höchst war das nicht der Fall. Höchst hatte sein Finanzwesen in Ordnung gehalten, und seine Etats waren ausgeglichen. Das Vermögen der Stadt hatte etwa 14 Millionen Mark an Buchwert, d. h. etwa 20 Millionen Mark an wirklichem Wert betragen. Dazu kam die ansehnliche Steuerkraft von Höchst, die auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, stärker war als in Frankfurt.

Die städtischen Einrichtungen und Betriebe von Höchst, z. B. Krankenhaus, Feuerwehr, Gesundheitsamt, Schulzahnklinik, Volksbildungsheim, konnten von nun an den anderen im Westen eingemeindeten Vororten nutzbar gemacht werden.

c) Wesentliche Vorteile

Die Aufhebung der kommunalen Grenzen machte sich vorteilhaft für das Gesamtgebiet bemerkbar.¹¹⁰⁾ Es konnte für Frankfurt gar nicht von Interesse sein, die in Höchst vorhandenen gemeinnützigen Betriebe und Anlagen nach Frankfurt zu konzentrieren. Aus dem Zwang der Verhältnisse heraus mußte sich in Höchst ein besonderer Mittelpunkt der Verwaltungstätigkeit entwickeln. Höchst hatte durch seine Autobuslinien die nähere Umgebung erschlossen.

Höchst mußte darauf vertrauen, daß Frankfurt nach dem Eingemeindungsvertrag das ausführen würde, was Höchst bei Erhaltung seiner Selbständigkeit selbst hätte durchführen wollen oder können.

Für Frankfurt bedeutet die Eingemeindung von Höchst nicht nur einen Gewinn neuer zusammenhängender Wohn- und Industriesiedlungsgebiete für viele Jahre, sondern auch die Zusammenfassung mehrerer Produktionsstätten der IG Farbenindustrie AG (Höchst, Griesheim, Fechenheim) innerhalb seiner Grenzen. Keine der Frankfurter Eingemeindungen früherer Zeit reicht an Bedeutung an die Eingemeindung der Stadt Höchst heran.

d) **„Heechst aus aam Guß“**

In der Hoffnung, daß die 1928 geschlossene „Ehe“ Höchst—Frankfurt sich immer zum Guten der Einheitsgemeinde auswirken möge, schließe ich mit den Versen aus den „Höchster Scherwe“¹¹¹), die F. Reuting anlässlich der Eingemeindung nach Frankfurt schrieb:

„En echte Heechster, der is wie de Schloßthorn,
so aus aam Guß. — Jetzt Hand her! Unser Herz
em Alte Heechst, em neie — unser Aweit!“

Anhang: STADTGESCHICHTE IN ZAHLEN

- 1849: Das „Amtsblatt“ erscheint
1852: Errichtung der Gipsmühle am Ostausgang von Höchst
16. 11. 1858: Auflösung der Main-Dampfschiffahrts-Gesellschaft
1861: Erste Gelatinefabrik in Höchst
1863: Gründung der Farbwerke
1864: Bau der Gasanstalt
Deutsche Wasserwerksgesellschaft im Bolongaropalast
Kronberger Haus als Behausung für die Stadtverwaltung
Generalversammlung des Nassauischen Gewerbevereins
1. 2. 1865: Erste Gaslaterne in Höchst
25. 11. 1865: 1. ordentliche Generalversammlung der Gasgesellschaft
1866: Angliederung Nassaus an Preußen
1. 1. 1868: Das „Wochenblatt“ erscheint
1874: Zweite Gelatinefabrik (westl. Marktplatz)
1877: Eröffnung der Badeanstalt von Peter Münch im Main
(8 Duschen und Kastenbäder)
18. 2. 1877: Volksbibliothek der öffentlichen Benutzung übergeben
6. 9. 1877: Grundsteinlegung der ev. Kirche
15. 10. 1877: Hess. Ludwigsbahn: Strecke Höchst—Limburg dem Verkehr
übergeben
August 1878: Gründung des Bürgervereins in Höchst
15. 10. 1879: Haltestelle Sulzbach der Sodener Bahn errichtet
14. 1. 1880: Maria Graf Matuschka Greifenklau Landrat im Mainkreis
28. 1. 1880: Gemeinderat hat die Absicht, einen Teil des Bolongaropalastes
als Schule einzurichten
24. 2. 1880: Probefahrt auf der neuen Eisenbahnstrecke der Hess. Ludwigs-
bahn zwischen Höchst und Griesheim
15. 10. 1880: Homburger Straße erhält Straßenlaterne
(gegenüber den Breuerwerken)
22. 10. 1880: P. A. Bied zum Bürgermeister gewählt
1883: Bau der Kasinoschule
Neues Krankenhaus an der Hospitalstraße
Herbst 1884: Eröffnung der Kasinoschule
25. 1. 1884: Trichinenschau in Höchst eingeführt
26. 3. 1884: Errichtung eines Realgymnasiums genehmigt.
22. 4. 1884: Dr. v. Brüning verstorben
27. 4. 1884: Einweihung des Schülerdenkmals
(Todestag: 27. 4. 1882)
3. 12. 1884: „Brüningstraße“

- 1885: Neuer Friedhof in der Sossenheimer Gemarkung
(Homburger Straße)
7. 8. 1885: Konsumverkaufsstätte der Farbwerke in Betrieb genommen
29. 8. 1885: Einweihung der von der Turngemeinde Höchst errichteten
Turnhalle
17. 9. 1885: König Karl von Rumänien stattet dem Wasserwerk einen zwei-
stündigen Besuch ab
30. 11. 1885: Das erste Schiff fährt durch die Schleuse der Kanalbaustelle
8. 12. 1885: Volkszählung: 6 121 Einwohner
23. 3. 1886: Im Rathaussaal wird unter Leitung des kgl. Amtmanns Habel
die 1. Sitzung des Kreistages für den neuen Kreis Höchst abge-
halten
1. 4. 1886: Bildung des Kreises Höchst
12. 4. 1886: Generalpostmeister v. Stephan in Höchst: Einweihung des Post-
gebäudes in der Königsteiner Straße
12. 5. 1886: Das „Wochenblatt“ ändert seinen Titel in „Kreisblatt“
15. 10. 1886: Eröffnung des Mainkanals
13. 12. 1886: Dr. August von Trott zu Solz: Landrat in Höchst
22. 5. 1889: P. A. Bied verstorben
2. 12. 1890: Alte Realschule wird in das neu errichtete Gymnasium Feldberg-
straße—Luciusstraße verlegt
8. 8. 1892: Gründung der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz;
seit 1893 Kolonnenarzt Sanitätsrat Dr. med. Paul Schwerin
24. 10. 1892: Das neue Kreishaus wird bezogen
14. 2. 1893: Dr. jur. Karl Wilhelm v. Meister zum Landrat ernannt
- 1894: Unterliederbach wird an die Gasversorgung angeschlossen
8. 3. 1894: Gründung des Altertumsvereins (Verein für Geschichte und
Altertumskunde)
19. 3. 1895: Bismarck Ehrenbürger der Stadt Höchst
16. 10. 1895: Dr. jur. Otto Steinmeister zum Landrat ernannt
- 1896: Nied an die Gasversorgung angeschlossen
28. 9. 1896: Eröffnung der höheren Töchterschule
- 1897: Sossenheim an die Gasversorgung angeschlossen
- 1899: Griesheim an die Gasversorgung angeschlossen
17. 1. 1899: Der Zollturm wird durch Verfügung der kgl. Regierung in Wies-
baden dem Altertumsverein zur Aufstellung seiner Sammlungen
überlassen
13. 3. 1899: Stadtpfarrer Siering verstorben
28. 5. 1899: Generalversammlung des Nassauischen Gewerbevereins im
Kasinosaal

30. 5. 1899: Enthüllung des Bismarck-Denkmal
1900: Bau der Herbert-von-Meister-Schule
Neubau der Medizinischen Abt. II des Krankenhauses
- 22./23. 6. 1900: Nassauischer Städtetag im großen Festsaal der Farbwerke
25. 7. 1900: Reg.-Assessor Heino v. Achenbach zum komm. Landrat ernannt
1. 11. 1901: August Grimm tritt sein Amt als Polizeikommissar in Höchst an;
1929 als Polizeidirektor in den Ruhestand; 24. 11. 1933 in Han-
nover verstorben
24. 2. 1902: Kleinbahn Höchst—Königstein in Betrieb
1. 4. 1904: Eröffnung der ständigen Wache des Roten Kreuzes im alten
Rathaus
22. 4. 1907: Die Kaiserin in Höchst (Besichtigung der Justinuskirche)
16. 6. 1907: Grundsteinlegung der neuen St.-Josephskirche
11. 3. 1908: Gründung des Verbandes der Vororte der Stadt Frankfurt
1. 4. 1908: Errichtung des Kreisbauamtes
30. 10. 1909: Einweihung des neuen Rathauses (mittl. Teil des Bolongaro-
palastes)
- 1910: Errichtung der Elektrizitätswerke
- 1910: Bau der Oberfeldschule
1. 4. 1910: Dr. Robert Klauser Landrat in Höchst
24. 9. 1910: Enthüllung des Brüning-Brunnens
1. 9. 1911: Errichtung der Stadtparkasse
Neubau des Landratsamtes
5. 8. 1912: Dr. jur. Herman Hog, besoldeter Beigeordneter der Stadt Höchst
1912: Errichtung der Kreissparkasse
1. 8. 1914: Die Stadt übernimmt die Lebensmittelversorgung der
Bevölkerung
8. 2. 1915: Einführung von Brotkarten
1. 7. 1917: Eingemeindung der Landkreise Unterliederbach, Sindlingen und
Zeilsheim
14. 12. 1918: Franzosen besetzen Höchst
25. 10. 1920: Josef Zimmermann komm. Landrat in Höchst
23. 11. 1923: Erster Wochenmarkt auf dem neuen Marktplatz
22. 4. 1926: Wilhelm Apel Landrat in Höchst
6. 6. 1927: Brüningpark zur öffentlichen Benutzung freigegeben
15. 6. 1927: Eröffnung des Strandbades
15. 10. 1927: Die alten Gebäude im Porzellanhof werden niedergerissen
10. 2. 1928: Eröffnung der Trauerhalle auf dem Hauptfriedhof
1. 4. 1928: Eingemeindung nach Frankfurt
8. 5. 1928: Erste nationalsozialistische Versammlung im „Karpfen“

ANMERKUNGEN

Abkürzungen:

Diss	=	Dissertation
FNP	=	Frankfurter Neue Presse
FR	=	Frankfurter Rundschau
HK	=	Höchster Kreisblatt
HStA	=	Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
PA	=	Personalakte
StA	=	Stadtarchiv Frankfurt

- 1) C. Spielmann: Geschichte von Nassau, 2 Bde., Montabaur, 1926.
- 2) Staats- und Adreßhandbuch des Herzogtums Nassau, 1833, S. 7 ff.
- 3) C. D. Vogel: Beschreibung des Herzogtums Nassau, Wiesbaden 1843, S. 497 ff.
- 4) Gesetz vom 12. 12. 1848 in: Verordnungsblatt des Herzogtums Nassau, Nr. 34, S. 227 ff.
- 5) Verordnungsblatt des Herzogtums Nassau für 1854, S. 166.
- 6) Mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. 1. 1900 ist die Tätigkeit des Feldgerichts lediglich auf die Stockbuchsangelegenheiten beschränkt worden, sie erlischt vollständig mit der Einführung des Grundbuches. Das Feldgericht besteht aus dem Bürgermeister und 4 Schöffen.
- 7) Dieses Gesetz ist in Kraft seit dem 1. 10. 1854. In § 3 heißt es: „Die Verwaltung in jeder Gemeinde ist dem Gemeinderat anvertraut; derselbe besteht aus dem Bürgermeister, welchem ein Ratsschreiber beigegeben werden kann.“
- 8) s. dazu: Verwaltungsberichte der Stadt Höchst 1896 und folgende jeweils unter dem Abschnitt Stadtverordnetenversammlung.
- 9) s. dazu: Gesetz vom 26. 7. 1854, § 12: „Das Amt des Bürgermeisters ist ein Ehrenamt.“
- 10) Das Herzogtum war in 28 Amtsbezirke geteilt.
- 11) Spielmann, a.a.O., S. 312.
- 12) Der Bürgermeister im Geltungsbereich des Nass. Gemeindegesetzes vom 26. 7. 1854: Wiesbaden 1882, S. 208.
- 13) Müller, H.: Die Gemeinde-Ordnung in Nassau vom 26. 7. 1854, Langen-Schwalbach 1886, S. 72.
- 14) Andreas Adelon, Amtsscribent zu Höchst, geb. 25. 8. 1816. S. a. Bonnet: Nassovica VII, S. 35.
- 15) s. Frankfurter Zeitung, 7. 7. 1882, S. 3, und 8. 7. 1882, S. 3.
- 16) Der letzte Amtmann des Amtes Höchst war Johann Friedrich Halbey, Geh. Regierungsrat, geb. 30. 7. 1796, gest. 6. 4. 1870 in Wiesbaden. „Ein nassauischer Amtmann war ein großer Mann“, dazu s. K. Braun: Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei, Band 1, Leipzig 1869, S. 230. — PA: HStA Wiesbaden, 405, Nr. 7.991 und 9 544.
- 17) s. dazu: Staats- und Adreßhandbuch 1840, S. 68.
- 18) Bruch, Erich: Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Höchst im 19. Jahrh., Diss., Ffm. 1924 (maschinenschriftlich).
- 19) s. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Lokalgewerbevereins Höchst 1899, S. 12; E. P. Rössel: Die wirtschaftliche Entwicklung von Höchst, Diss., Ffm 1931.

- 20) HStA Wiesbaden, 405, Nr. 811: Gewerbekonzessionen.
- 21) Büschenfeld, Herbert: Höchst — die Stadt der Farbwerke, Rhein-Mainische Forschungen, H. 45, 1958, S. 63.
- 22) s. dazu: Die Farbenstadt Höchst und ihre Sparkasse, 1962, S. 17.
- 23) Die erste ordentliche Generalversammlung der Gasgesellschaft war am 25. 11. 1865: 22 Aktionäre.
- 24) Rössel, a.a.O., S. 49: Erlaubnis der nassauischen Regierung vom 4. 6. 1862.
- 25) In Höchst war die Auflösung der Zünfte bereits 1818; s. a. Frischholz: Alt-Höchst, S. 189. Die völlige Gewerbefreiheit 1860 hatte nur noch formalen Charakter.
- 26) Nr. 62 des Wochenblattes.
- 27) HStA Wiesbaden: Gewerbesteuerkataster 1864—1866.
- 28) Verwaltungsbericht für den Kreis Höchst 1886—1911, S. 5.
- 29) s. in: Wochenblatt für die Amtsbezirke Höchst, Hochheim und Königstein, 23. 10. 1869.
- 30) Wochenblatt für die Amtsbezirke Höchst, Hochheim und Königstein, 8. 12. 1869, und Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden, Nr. 95 vom 8. 12. 1869, Nr. 96 vom 11. 12. 1869.
- 31) vgl. dazu: Ernst Bäuml: Ein Jahrhundert Chemie (zur Hundertjahrfeier der Farbwerke Hoechst), Econ-Verlag Düsseldorf, S. 17 ff., und Heinrich Schübler: Höchst — Stadt der Farben, Frankfurt 1955, S. 81 ff.
- 32) s. Bäuml, Ein Jahrhundert Chemie, S. 18, 77, 299.
- 33) dazu meine Darstellung in FNP: Vom Gesindehospital zur modernen Klinik, 4. 8. 1962, und 8. 8. 1962.
- 34) HStA Wiesbaden: 405, Nr. 4.637.
- 35) dazu: 75 Jahre Werksgeschichte Höchst, 1938, S. 9 ff.
- 36) Werksgeschichte, S. 43.
- 37) Büschenfeld, a.a.O., S. 43.
- 38) Büschenfeld, a.a.O., S. 65 ff.
- 39) HStA Wiesbaden: 405, Nr. 1.596—1.598 (Erwerb von Grundeigentum für den Bahnbau.)
- 40) 600-Jahrfeier der Stadt Höchst vom 2.—11. Juli 1955: Kulturelle Kräfte in Höchst, S. 75 ff.
- 41) HStA Wiesbaden, 405, Nr. 1.057 betr. Liquidation der Kriegslasten vom Jahre 1866.
- 42) HStA Wiesbaden, 405, Nr. 1.073—76 betr. Einquartierungen im Amt Höchst im Jahr 1866 und Liquidation der entstandenen Kosten.
- 43) s. Kreisblatt, 4. 8. 1906, S. 2.
- 44) HStA Wiesbaden, 405, Nr. 4.637 betr. die Bürgermeisterstelle in Höchst: 1869 bis 1898.
- 45) StA Frankfurt: Vorortakten, Bürgermeisteramt Höchst.
- 46) s. dazu meine Darstellung in FNP vom 7. 9. 1963: Weißes Gold aus Höchst.
- 47) Bericht im HK vom 26. 11. 1932.
- 48) dazu meinen Bericht in FNP vom 4. 8. und 8. 8. 1962.
- 49) Peter Geibel, gest. 2. 3. 1901 in Höchst.
- 50) Ad. v. Brüning, geb. am 16. 1. 1837 zu Ronsdorf bei Elberfeld, Begründer der Farbwerke, 1874—1880 Mitglied des ersten nassauischen Wahlkreises im Reichstag;

im Jahre 1893 wurde ihm der erbliche Adel verliehen. S. auch meine Darstellung über den Brüning-Brunnen in: FNP, 27. 7. 1963.

⁵¹⁾ StA Frankfurt: Vorortakten, Bürgermeisteramt Höchst, S. 41.

⁵²⁾ Über die Peter-Bied-Straße s. meinen Bericht in FR vom 16. 8. 1962 (Straßenname seit 20. 9. 1928).

⁵³⁾ StA Frankfurt: Vorortakten, Bürgermeisterwahl II, 7.

⁵⁴⁾ geb. am 27. 3. 1851, gest. am 13. 6. 1915, war 30 Jahre Mitglied der Gemeindeversammlung 1880—1910. Bürgermeisterstellvertreter vom 14. 6. 1898 bis 9. 2. 1899. Anlässlich seines Ausscheidens aus der kommunalen Tätigkeit am 10. 1. 1910 Ernennung zum Stadtältesten; s. a. meine Darstellung in FNP vom 29. 8. 1963.

⁵⁵⁾ s. Nachruf im HK vom 13. 11. 1936.

⁵⁶⁾ geb. am 8. 4. 1863, gest. am 13. 4. 1925; s. a. meine Darstellung in FR, 8. 3. 1962.

⁵⁷⁾ Gustav Adolf Diehl: Wahl in den Bürgerausschuß am 13. 1. 1887, in den Gemeinderat am 25. 5. 1887, am 30. 9. 1891 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Amtsniederlegung: 8. 12. 1910.

⁵⁸⁾ s. Bericht im HK vom 23. 2. 1893.

⁵⁹⁾ Vogel, Louis: Geschichte der ehemaligen Stadtkämmerei Frankfurt 1825—1926, Ffm. 1934, S. 71.

⁶⁰⁾ HK, 12. 7. 1893.

⁶¹⁾ HK, 16. 9. 1893.

⁶²⁾ Dr. Winckler scheidet am 1. 7. 1899 aus dem Magistratskollegium aus; s. a. HK, 11. 1. 1896.

⁶³⁾ Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Höchst für das Rechnungsjahr 1898/99, S. 3.

⁶⁴⁾ HK, 16. 6. 1898.

⁶⁵⁾ Eine Zuschrift von Frau Oberschullehrerin i. R. Anna Bergmann aus Höchst macht mich darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen mit der Inhaberin der Schule Auguste Clerk wegen Übernahme durch die Stadt von Karraß geführt wurden. „Bürgermeister Karraß lebte hier mit seiner Mutter in der Leverkusener Straße. Er nahm regen Anteil am gesellschaftlichen Leben der Stadt.“

⁶⁶⁾ HStA Wiesbaden: Bau einer Kleinbahn Höchst—Königstein, 405, Nr. 20.732; Enteignungen, ebenda, 405, Nr. 2.654; Goldbach, K.: Zur Entwicklung und Bedeutung der Kleinbahn Höchst—Königstein, Diss., Ffm. 1926.

⁶⁷⁾ Wilhelm v. Meister: Ernennung zum Landrat: 14. 2. 1893, geb. am 3. 2. 1863 in Frankfurt; vgl. dazu meine Darstellung in FNP vom 11. 8. 1962.

⁶⁸⁾ Verwaltungsbericht der Stadt Höchst 1901, S. 10.

⁶⁹⁾ Bruno Müller urteilt in „600 Jahre Höchst“, 1955, S. 30, wohl zu hart: „Man war froh, als er (Karraß) 1898 unrühmlich aus der Stadt verschwand und abdankte.“

⁷⁰⁾ Über die Geschichte des Stadtparks habe ich ausführlich in FNP vom 2. 6. 1962 gehandelt: Von der Allmey zum Stadtpark.

⁷¹⁾ Errichtet am 1. 8. 1878 die „Höchster Gießerei L. Scriba“, geb. am 1. 9. 1847, seit 1879 Wohnsitz in Höchst, Beigeordneter der Stadt Höchst bis zum 31. 3. 1910. Verleihung des Roten Adlerordens am 30. 10. 1909 anlässlich der Einweihung des neuen Rathauses, gest. 28. 2. 1933; s. dazu auch meine Darstellung: Abschied vom Kleinstädtidyll, FNP vom 6. 3. 1962.

⁷²⁾ HK vom 9. 8. 1933.

⁷³⁾ Der in Kiel lebende Sohn Palleskes, Oberbürgermeister a. D. Dr. Erwin Palleske, stellt mir einige Erinnerungen an seinen Vater zur Verfügung: „Im Juni 1891

bestand mein Vater die große juristische Staatsprüfung, im Spätsommer 1891 wurde er dann Bürgermeister in Schivelbein, und ab Anfang 1894 Bürgermeister in Stolp." Einführung in das Höchster Bürgermeisteramt erfolgte am 9. 2. 1899. Palleske starb am 1. 6. 1935 in Teltow bei Berlin.

⁷⁴⁾ Jakob Großmann, Kaufmann, geb. 26. 9. 1840, gehörte dem Magistrat seit 1891 an. Am 25. 10. 1894 zum Stadtrat gewählt, scheidet am 6. 11. 1900 aus.

⁷⁵⁾ Georg Döft, Gastwirt, geb. am 23. 9. 1843, Stadtrat vom 1. 7. 1899 bis 31. 12. 1906.

⁷⁶⁾ Jakob Weinreiter, Schuhmachermeister, geb. am 27. 7. 1834, gest. am 1. 9. 1904, Stadtrat seit 6. 11. 1900.

⁷⁷⁾ Dr. Eduard Schneeweis, geb. am 1. 10. 1862, Beigeordneter vom 6. 8. 1900 bis 6. 8. 1912.

⁷⁸⁾ s. Verwaltungsberichte der Stadt Höchst, 1900, S. 6.

⁷⁹⁾ Heinrich Kutt, Baumeister, geb. am 15. 11. 1853, Stadtrat vom 27. 7. 1899 bis 14. 3. 1909.

⁸⁰⁾ Verwaltungsbericht Höchst, 1900, S. 22 ff.

⁸¹⁾ HStA Wiesbaden: Eingemeindung Unterliederbach, Sindlingen, Zeilsheim, 405, Nr. 4.047.

⁸²⁾ Dr. Albert Beil: Stv. vom 29. 12. 1904 bis 31. 12. 1915, seit 1910 Stadtverordnetenvorsteher, Ausweisung: 24. 4. 1922.

⁸³⁾ Stadtarchiv Frankfurt, Vorortakten, Bürgermeister II, 7; s. a. Verwaltungsbericht der Stadt Höchst, 1910, S. 5 f.

⁸⁴⁾ HK, 2. 7. 1917.

⁸⁵⁾ Stadtarchiv Frankfurt, Vorortakten, Bürgermeisteramt Höchst, I. Bd., S. 31.

⁸⁶⁾ Müller, Bruno: Besatzungszeit in Höchst, Manuskript 1932.

⁸⁷⁾ HStA Wiesbaden, 405, Nr. 5.244: Besatzungsangelegenheiten des Kreises Höchst 1919—1920.

⁸⁸⁾ Dr. Hog wurde am 5. 8. 1912 auf 12 Jahre zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Höchst gewählt, 1. 5. 1920 Reichsdienst; geb. am 28. 7. 1881 in Ettenheim (Baden), gest. am 6. 1. 1937.

⁸⁹⁾ s. Verwaltungsbericht der Stadt Höchst 1914—1921, S. 7 f. OB Dr. Janke verstarb im 20. 1. 1943 in Wiesbaden; s. dazu Städt. Anzeigenblatt (Ffm), 5. 2. 1943, S. 23.

⁹⁰⁾ s. Bericht im HK vom 11. 1. 1933.

Aus dem Verwaltungsbericht des Kreises Höchst 1923, S. 11, entnehme ich folgende Angaben über den Preis eines Brotes von 1 800 g Gewicht:

8. 1. 1923	260	Papiermark
2. 3. 1923	750	"
28. 5. 1923	880	"
26. 6. 1923	2 650	"
23. 7. 1923	9 000	"
10. 8. 1923	55 000	"
1. 10. 1923	19 000 000	"
9. 10. 1923	52 000 000	"
20. 10. 1923	8 000 000 000	"

⁹¹⁾ dazu Bericht im HK, 19. 10. 1926.

⁹²⁾ PA im Stadtarchiv Frankfurt.

- ⁹³⁾ Hermann Bayersdorff: Wahl zum Beigeordneten am 2. 12. 1920 auf 12 Jahre, Einführung am 24. 2. 1921, Ausweisung am 10. 4. 1922; s. a. Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt, 18. 12. 1954, S. 1.
- ⁹⁴⁾ HStA Wiesbaden, Ausweisung von Asch, 405, Nr. 5.216.
- ⁹⁵⁾ HStA Wiesbaden, 405, Nr. 5.221; Schüller wurde am 17. 3. 1921 zum Beigeordneten gewählt auf 12 Jahre, er führte das Amt bis zum 1. 7. 1928, gest. am 5. 11. 1959; s. dazu Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt, 28. 11. 1959, S. 462.
- ⁹⁶⁾ HStA Wiesbaden, 405, Nr. 5.405.
- ⁹⁷⁾ Dr. Korndörfer führte dabei aus: „Ich gebe dabei der Hoffnung Ausdruck, Sie möchten Ihren Entschluß, der Ihnen gewiß einiges Kopfzerbrechen machen wird, so fassen, daß wir Sie hier in Höchst gehalten und noch eine recht stattliche Reihe von Jahren das Vergnügen haben, mit Ihnen zusammenzuarbeiten zum Wohle der Stadt Höchst.“ Vgl. dazu auch Bericht im HK vom 23. 8. 1925.
- ⁹⁸⁾ Am 23. 10. 1925 fand die Abschiedsfeier im Bürgersaal zu Höchst statt, s. dazu Festschrift, veranstaltet von den Beamten, Angestellten und Arbeitern zum Abschied von Bruno Asch am 23. Oktober 1925, 12 Seiten.
- ⁹⁹⁾ s. Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. und die Neueinteilung von Landkreisen im Regierungsbezirk Wiesbaden, vom 29. 3. 1928.
- ¹⁰⁰⁾ Bericht im HK vom 19. 9. 1931.
- ¹⁰¹⁾ s. Berichte des Magistrats der Stadt Frankfurt 1929, S. 10.
- ¹⁰²⁾ Henry T. Allen: Die Besetzung des Rheinlandes 1919—1923, Berlin o. J., S. 125 ff.: Die Interalliierte Rheinlandkommission.
- ¹⁰³⁾ Bezirksselbstverwaltung Ffm.-Höchst, Überblick und Urkunden, hrsg. vom Magistrat Frankfurt, Bezirksamt Höchst 1928, S. 8 ff.
- ¹⁰⁴⁾ Antoni, G.: Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. 8. 1897 mit Erläuterungen, Marburg 1908, 296 Seiten.
- ¹⁰⁵⁾ Notwendigkeit der Eingemeindung der Stadt Höchst nach Frankfurt, Denkschrift des Magistrats, Januar 1928, 16 Seiten.
- ¹⁰⁶⁾ Josef Marschang: Die Eingemeindung nach Frankfurt in: 600-Jahrfeier der Stadt Höchst, 1955, S. 81 ff.
- ¹⁰⁷⁾ Höchst — die Stadt der Farben, hrsg. von der Städt. Verkehrsdeputation 1927, 68 Seiten.
- ¹⁰⁸⁾ Frankfurter Zeitung vom 26. 2. 1928.
- ¹⁰⁹⁾ HK vom 1. 4. 1933: Die ersten 5 Jahre.
- ¹¹⁰⁾ Bruno Müller in: HK vom 30. 3. 1929: Die ersten 12 Monate bei Frankfurt, ebenfalls in Frankfurter Nachrichten vom 31. 3. 1929.
- ¹¹¹⁾ „Höchster Scherwe“, Gedichte aus dem alten Höchst von F. Reuting, Wiesbaden 1928, 2. Aufl., S. 5.

Auf Hochdeutsch:

Ein echter Höchster, der ist wie der Schloßturm
aus einem Guß. — Jetzt Hand her: Unser Herz
dem alten Höchst, dem neuen unsre Arbeit!

Personen und Sachregister

- Adelon, Andreas 1, 4, 5, 6, 9, 11
Amtsbereich 11
Amtsblatt 25
Arbeiter- u. Soldatenrat 18
Asch, Bruno 1, 19, 20
Ausweisungen 20
Badeanstalt 25
Bayersdorff, Hermann 20
Beil, Albert 17
Besatzungsbehörden 18, 20
Bever, Max 15
Bezirksamt 21, 22
Bied, Peter Anton 1, 9, 10, 11
Bismarck-Denkmal 27
Bolongaropalast 9, 25
Bronzefabrik 5
Brotkarten 27
v. Brüning, Adolf 11
v. Brüning, Gustav 14
Brüningbrunnen 27
Brüningpark 21, 27
Bürgerausschuß 4
Bürgermeister 3, 4
Bürgerrecht 3
Bürgerverein 25
Burggraf 20
Burkhardt, Jakob 15
Christian, Philipp 7
Dt. Wasserwerksgesellschaft 25
Diehl, Gustav Adolf 12, 13, 14, 16
Dinges, Friedrich 7
Döft, Georg 16
Dreiklassenwahlrecht 7
Eingemeindung 2, 7, 17, 20, 21, 23, 27
Einwohnerzahl 4, 8, 15, 18, 21, 22, 26
Elektrizitätswerke 27
Evang. Kirche 25
Ewald, Fritz 12
Fabriken 4, 5, 7, 15, 16
Faist, Wilhelm 7
Farbwerke 5, 7, 8, 16, 23, 25, 26
Feldgericht 3
Feuerwache 18
Franzosen 18, 19, 27
Friedhof, s. Hauptfriedhof
Frischholz, Wilhelm 19
Gartenbaudeputation 17
Gasfabrik 5, 25
Gasgesellschaft 25
Gaslaterne 25
Gebeschus, Georg 1, 11, 12, 13
Geibel, Peter 10
Gelatinefabrik 25
Gemeinderat 3, 4, 6, 9, 10, 11, 12
Gesetze 2, 3, 4, 6, 21
Gewerbe 6
Gewerbeverfassung 5
Gipsmühle 25
Glatt, Konrad 1, 8, 9, 10, 11
Gregory, Heinrich 12
Großmann, Jakob 16
Hafenanlagen 18
Hauptfriedhof 18, 26, 27
Herbert-v.-Meister-Schule 27
Hertwig 16
Hess. Ludwigsbahn 25
Heussenstamm 16
Höchster Porzellan 10
Höhere Töchter Schule 26
Hofmann, Johann 7
v. Ibell 16
Industrie 4, 5, 23
Inflation 19
Interalliierte Rheinlandkommission 21
Janke, August Wilhelm Albert
1, 17, 18, 20
Jung, Heinrich 7
Karraß, Wilhelm 1, 13, 14, 15
Kasinoschule 25
Kayser, Adam 10
Kayser, Karl 12, 14
Kilp, Georg 7

Kleinbahn 15, 26
Korndörfer 20, 22
Krankenhaus 7, 10, 16, 27
Krebs 19
Kreisbauamt 27
Kreisblatt 26
Kreishaus 26
Kreissparkasse 27
Kreistag 26
Kunz, Alexander 10
Kunz, Peter 7
Kutt, Heinrich 16
Landers 19
Landratsamt 27
Lina, Wilhelm 1, 6, 7, 11
Lingg 21
Magistrat 16, 18
Main-Dampfschiffahrts-
Gesellschaft 25
Mainkanal 26
Mainkreis 6
Marktplatz 27
Meder, Franz 10
v. Meister, Wilhelm 15
Michel 21
Müller, Bruno 1, 20, 21
Nassauischer Gewerbeverein 25, 26
Nassauischer Städtetag 16, 27
Nationalsozialismus 27
Oberfeldschule 27
Ortssatzung 16
Palleske, Viktor 1, 15, 16, 17
Porzellanhof 27
Rathaus 27
Realgymnasium 25, 26
v. Rechwitz 14
Reuting 24
Rotes Kreuz 26, 27
Schleuse 26
Schmidt, Andreas 7
Schneeweis, Eduard 16
Schrebergärten 21
Schülerdenkmal 25
Schüller, Franz 20
Schulen 10, 13, 17
Schultheiß 2
Schwerin, Paul 13
Scriba, Ludwig 15
Simeons 4
Sonntag 5
Stadtgemarkung 16
Stadtpark 15, 17, 21
Stadtsparkasse 27
Stadtverordnetenversammlung
18, 20, 22
Staubesand 17
Steinel 16
Strandbad 18, 27
Straßenlaterne 25
Trichinenschau 25
Turnhalle 26
Vereine 8, 9, 14, 17
Verwaltung 2, 16
Volksbibliothek 25
Volksküche 18
Vororte, Verband der — 27
Wasserwerk 13, 26
Weinreiter, Jakob 12
Winckler, Ernst 14
Wochenblatt 25
Zollturm 26
Zollverein 4
Zunftverfassung 5

Jahresberichte des Höchster Geschichtsvereins ab 1940

Bis zum Jahre 1939 dienten die „Nassauischen Heimatblätter“, wie auch ihr Untertitel besagte, zugleich als Mitteilungsblätter für die Ortsgruppen des Nassauischen Altertumsvereins sowie für den Höchster Geschichtsverein, der stets seine Selbständigkeit bewahrte, aber wegen der gemeinsamen nassauischen Vergangenheit besonders freundschaftliche Verbindung mit dem Wiesbadener Verein pflegt. Seit 1951 aber dienten die Heimatblätter nur noch für die Mitteilungen des Nassauischen Geschichtsvereins. 1960 gingen sie ein. Die Berichterstattung über die wissenschaftliche Tätigkeit des Wiesbadener Vereins und seiner vier Ortsgruppen war bereits vorher auf die „Nassauischen Annalen“ übergegangen.

Da der Höchster Geschichtsverein Wert darauf legt, seine Jahresberichte weiter gedruckt erscheinen zu lassen, werden diese von jetzt ab in unsere „Höchster Geschichtshefte“ aufgenommen. Wir beginnen in dieser Nummer mit „Erinnerungen an die Jahre 1940—1955“ von Dr. Albert FUNKE, dem als 1. Vorsitzenden die wirklich nicht leichte Aufgabe zugefallen war, den Höchster Verein und seine Sammlungen durch diese kritischen Jahre der Kriegs- und Nachkriegszeit zu bringen. Ihm gebührt unser aufrichtiger Dank dafür, daß er diese schwere Aufgabe gemeistert hat.

Auf Dr. Funkes zusammenfassenden Bericht werden die Jahresberichte folgen, je nachdem es der in den Geschichtsheften zur Verfügung stehende Platz erlaubt.

Heinrich Pleines, 1. Vorsitzender

Erinnerungen an die Jahre 1940—1955

Von Dr. Albert Funke

Vor 50 Jahren führte Höchst a. M. ein ausgesprochen eigenständiges Dasein, und wir, die wir aus Großstädten oder kleinen Universitäten nach dem Maine kamen, widmeten uns verständlicherweise im wesentlichen den Aufgaben, die der Beruf stellte, und an freien Tagen ging es hinaus in die herrliche, uns noch unbekanntere Umgebung. Der Erste Weltkrieg änderte sehr vieles an diesem ausgewogenen Dasein; die Freunde zogen ins Feld, die Familien hatten ihre Sorgen. Für kulturelle Dinge blieben weder Zeit noch Sinn. Die Franzosen kamen; Höchst wurde vom geistigen Zentrum Frankfurt getrennt. Bald nach dem Abebben der ersten Wirren erwuchs in unserer Stadt wieder der Wille zu Höherem; es bildeten sich Kreise, die eine begreifliche Sehnsucht nach Ablenkung vom Alltäglichen, vom Materiellen stillen wollten. Der Bund für Volksbildung, der in einem von Pfarrer Küster geführten Verein schon einen Grundstock besaß, weitete sich unter Dr. Bryks Führung aus, bildete aktive Gruppen für Vortragswesen, Musik, bildende Kunst, Theater und anderes mehr. Das geistige Leben erwachte erneut in der Stadt unter der angeschlagenen Bevölkerung.

Neben diesem Bund für Volksbildung führte seit langem schon, und zwar seit 1894, ein Verein, der sich die Pflege der Heimatgeschichte und der materiellen Werte aus alter Zeit zum Ziele gesetzt hatte, ein stilleres Dasein. Alle Arbeit ruhte auf den Schultern des unvergessenen Direktors des Lyzeums für Mädchen (heute

Helene-Lange-Schule), Dr. Edmund SUCHIER. Die Mitglieder des Vereins rekrutierten sich damals aus der „guten Gesellschaft“ Höchst und gehörten zumeist den alteingesessenen Höchster Familien an. In den vornehmen und exklusiven Geschichtsverein aufgenommen zu werden, wurde als besondere Ehre empfunden. An die breite Öffentlichkeit trat der Verein nicht heran, seine Veranstaltungen waren nur für Mitglieder und geladene Gäste. In einem Schreiben unseres ehemaligen Schriftführers Direktor Mittelman vom 22. 8. 1950 an Stadtrat Brisbois heißt es zum Beispiel: „An der Wiederbelebung der Vereinstätigkeit besteht wohl Interesse. Diese war aber von jeher in der Höchster Bevölkerung nicht sehr verbreitet, sondern blieb immer nur auf einen gewissen kleinen Kreis beschränkt.“

Auch mir war der Verein unbekannt, bis eines Tages, 1925, die Quinta des Gymnasiums unter Führung ihres Klassenleiters Dr. Helfenbein das Heimatmuseum besuchte. Die Jungen kamen sichtlich bewegt nach Hause und erzählten ihre Eindrücke: „Alte römische Gefäße, Münzen, Waffen jeden Alters und, was sehr im Gedächtnis haftete, viele Schädel, ein ganzes Gerippe — der tote Franke!“ Diese Berichte elektrisierten verständlicherweise manchen Vater, und so fand denn der eine oder andere den Weg zum Museum im Zollturm. Die Räume hatten etwas Düsteres an sich: das pompejanische Rot des einen Saales, die Schädelreihe, der „Sarg“, das alles überschattete die heitere, bunte Welt, die das schöne Höchster Porzellan zu bieten hatte. Zwar war nun der Geschichtsverein in das Gesichtsfeld auch manches zugewanderten Höchsters gelangt, aber dennoch lebte praktisch die Gruppe Alteingesessener weiter in der Stille „ihrem“ Verein. Als 1940 Dr. Suchier starb, verloren Verein und Heimatmuseum die feste Stütze. Dankenswerterweise übernahmen die Herren Direktor Mittelman und Georg Schmerbach die verwaiseten Geschäfte.

Am 20. 6. 1940 fand im Garten der „Schönen Aussicht“ eine Jahresversammlung statt. Die geplante Erweiterung des Vorstandes erfolgte durch Zuwahl folgender Mitglieder: Karl Brenner, Dr. A. Funke, Dr. Rhodius, Dr. Tropp. Der Vorstand setzte sich dann zusammen aus zehn Beisitzern, dem Stellvertreter des Vorsitzenden (F. Ungeheuer), dem Kassierer (Gg. Schmerbach), dem Schriftführer (E. Mittelman) und dem „Vereinsleiter“ (Dr. A. Funke). Dieses Gremium ging nun mit den besten Absichten ans Werk.

Zunächst galt es, der Sammlung im Zollturm einen wirkungsvollen Rahmen zu geben. Am 13. 7. 1940 wurde Dolf v. Brüning gebeten, einen Raum in seinem Schloß zur Verfügung zu stellen, damit der Zollturm geräumt werden könne. Das geschah denn auch: trotz des Krieges erhielten die Sammlungsräume bald einen froheren Anstrich; acht fleißige Männer aus der Fabrik halfen beim Einräumen und Aufstellen, das einigermaßen erleichtert wurde durch das Vorhandensein von Vitrinen, die wir Stadtrat Dr. Müllers Vermittlung verdankten. Freundlicher, heiterer stellte sich alles dar; der Verein konnte einem besseren Besuch des Museums während des nächsten Sommers entgegensehen.

Fortsetzung im Heft 4